

# Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



## NIEDERSCHRIFT

der 36. Sitzung des Kreistages am 04.12.2013 im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

---

**Beginn:** 16:00 Uhr

**Ende:** 19:50 Uhr

### Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Böhme, Doreen	SPD	
Dr. Deutschländer, Adolf	DIE LINKE	
Donath, Helmut	UBL-GRÜNE/B 90	
Ernst, Siegfried	CDU	
Fischer, Tina	SPD	anwesend bis 18:45 Uhr, TOP 4.3/4.4
Haverlandt, Sven-Gunnar	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Helbig, Alexander	DIE LINKE	
Hentze, Michael	FDP	anwesend ab 16:35 Uhr, TOP 2.2
Knuffke, Frank	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Knuth, Dirk	CDU	
Kolan, Lars	SPD	
Kolberg, Joachim	CDU	
Krause, Lutz	UBL-GRÜNE/B 90	
Krüger, Reinhard	DIE LINKE	
Dr. Kuttner, Michael	CDU	
Laubisch, Hartmut	SPD	
Laugsch, Angela	DIE LINKE	
Lehmann, Sylvia	SPD	
Linke, Hartmut	SPD	
Luban, Klaus	FDP	
Luchmann, Wolfgang	SPD	
Meißner, Herbert	SPD	
Mertner, Jürgen	SPD	
Müller, Gert	DIE LINKE	
Müller, Heidemarie	DIE LINKE	
Peter, Sabine	UBL-GRÜNE/B 90	
Dr. Pfannenschwarz, Karl	DIE LINKE	
Pillat, Renate	Bauern/Pro Schönefeld	
Dr. von Platen, Sabine	CDU	
Reif, Jonas	UBL-GRÜNE/B 90	
Reimann, Michael	fraktionsloser Abgeordneter	anwesend ab 16:20 Uhr, TOP 2.1, bis 19:20 Uhr, TOP 4.3/4.4
Richter, Helmut	Bauern/Pro Schönefeld	
Rothe, Ursula	DIE LINKE	
Scheetz, Ludwig	SPD	anwesend ab 16:15 Uhr, TOP 2.1

Scheiner, Susanne	CDU	
Schmidt, Norbert	CDU	
Dr. Schönfelder, Inis	CDU	
Seelig, Robert	DIE LINKE	
Selbitz, Frank	UBL-GRÜNE/B 90	
Dr. Sternagel, Manfred	SPD	
Terno, Heiko	Bauern/Pro Schönefeld	anwesend ab 17:00 Uhr, TOP 3
Thalheim, Michael	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Tomczak, Raimund	FDP	anwesend ab 16:20 Uhr, TOP 2.1
Tölpe, Uta	SPD	
Uhlworm, Birgit	UBL-GRÜNE/B 90	
Urspruch, Hans-Ulrich	FDP	
Wahl, Steffen	CDU	anwesend ab 16:15 Uhr, TOP 2.1
Wedekind, Hartmut	CDU	
Wenzel, Reinhard	SPD	anwesend ab 16:15 Uhr, TOP 2.1
Wille, Martin	SPD	
Dr. Wunderlich, Günter	DIE LINKE	
Zittlau, Norbert	Bauern/Pro Schönefeld	

#### **Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

Bartoszek, Carmen	stellv. Amtsleiterin Kämmerei und Kreiskasse
Braschwitz, Wolfgang	Amtsleiter Umweltamt
Brieger, Andrea	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Degenhardt, Marion	Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb
Ehm, Carla	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Enders, Silvia	Amtsleiterin Ordnungsamt
Gierhardt, Walter	Amtsleiter Rechtsamt
Karnapke, Marlies	Schriftführerin
Klein, Stefan	Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Köhler, Carola	Bereichsleiterin wirtschaftliche Beteiligungen und Tourismus
Krägel, Sybille	Leiterin Büro Kreistag
Kunze, Ralf	Personalratsvorsitzender
Langner, Karsten	Sachgebietsleiter Personal
Lehmann, Harald	Amtsleiter Sozialamt
Licht, Dietmar	Amtsleiter Zentrales Gebäude- und Immobilienmanagement (GIM)
Nagel, Alexander	Amtsleiter Amt für Personal, Organisation und Service
Saß, Carsten	Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales
Schaaf, Heidrun	Pressestelle
Schrager, Jörg	Amtsleiter Amt für Kreisentwicklung und Denkmalschutz
Schrager, Karin	Leiterin Rechnungsprüfungsamt
Städter, Petra	Amtsleiterin Amt für Jugend, Familie und Sport
Starke, Wolfgang	Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie öffentliche Sicherheit und Ordnung
Stellmacher, Nancy	Büro Landrat
Voigt, Elke	Gleichstellungsbeauftragte

#### **Entschuldigt waren:**

Eisenhammer, Martina	DIE LINKE
Rubenbauer, Kerstin	DIE LINKE
Schluricke, Andreas	SPD

**Gäste:**

Frau Gelhaar-Heider	stellv. stimmberechtigtes Mitglied Jugendhilfeausschuss
Herr Grunert	Kreisseniorenbeauftragter
Frau Kositz	Jump gGmbH
Frau Malsbender	amt. Geschäftsführerin Jobcenter Dahme-Spreewald
Frau Dr. Pfannenschwarz	Gemeindevertreterin Heidesee
Frau Schimke	Mitglied des Bundestages
Herr Schneider	KiEZe Frauensee und Hölzerner See
Frau Sonborn	Sachgebietsleiterin im Ordnungsamt
Vertreter der Presse und Zuhörer für den öffentlichen Teil	

**TAGESORDNUNG****I. Öffentlicher Teil:****1. Zur Geschäftsordnung**

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 zur Tagesordnung
- 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

**2. Aktuelle Stunde**

- 2.1 Bericht des Landrates
- 2.2 Anfragen der Abgeordneten

**3. Einwohnerfragestunde (Aufruf des Tagesordnungspunktes ca. 17:00 Uhr)****4. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreistag**

- 4.1 Beschluss des geprüften Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2012 2013/106
- 4.2 Weiterfinanzierung der Bildungssozialarbeit im LDS aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes 2014 2013/114
- 4.3 Jugendförderplan des Landkreises Dahme-Spreewald für das Jahr 2014 2013/108-1
- 4.4 Haushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für das Haushaltsjahr 2014 mit Haushaltsplan (hier: Überarbeitung des Entwurfes) 2013/108-2
- 4.5 Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen im Rettungsdienst des Landkreises Dahme-Spreewald 2013/104
- 4.6 Fortschreibung des Rettungsdienstbereichsplanes im Rettungsdienst für den Landkreis Dahme-Spreewald 2013/105

**5. Anträge von Fraktionen, Ausschüssen oder Mitgliedern des Kreistages**

- 5.1 Schreiben an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages bezüglich des Ausbaus der Bahnstrecke Berlin-Dresden auf eine Geschwindigkeit von 200 km/h 2013/116
- 5.2 Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen/Gremien 2013/118
  - Benennung eines neuen 3., 4. und 5. stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
  - Bestellung eines neuen Mitgliedes und eines neuen stellvertretenden Mitgliedes in die Verbandsversammlung des Südbrandenburgischen Abfallzweckverbandes
 (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

## 6. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

## 7. Informationsvorlagen

7.1 Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald 2013/101

## 8. Verschiedenes

## II. Nichtöffentlicher Teil:

## 9. Zur Geschäftsordnung

9.1 zur Tagesordnung

9.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

## 10. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

## 11. Verschiedenes

Die Vorsitzende des Kreistages, **Frau Tölpe**, eröffnet die 36. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

## I. Öffentlicher Teil

### TOP 1. Zur Geschäftsordnung

---

#### TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Frau Tölpe** stellt fest, dass der Kreistag form- und fristgerecht einberufen wurde. Von 57 Kreistagsmitgliedern sind zurzeit 46 anwesend. Damit ist der Kreistag beschlussfähig.

#### TOP 1.2 zur Tagesordnung

---

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Haushalt 2014 per Post zugeschickt wurde. Auf Grund des verspäteten Eingangs des Antrages konnte dieser nicht mit auf die Tagesordnung genommen werden und müsste unter dem Tagesordnungspunkt *Verschiedenes* behandelt werden. Wenn Einvernehmen darüber besteht, dass der Antrag trotzdem mit dem Haushalt diskutiert wird, werde um ein entsprechendes Signal gebeten.

Die Abgeordneten signalisieren Zustimmung.

Weiter Hinweise, Ergänzungen oder Anregungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Abhandlung erfolgt in der nunmehr vorliegenden Fassung.

#### TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

---

**Frau Tölpe** informiert, dass eine mündliche Einwendung von Herrn Wille zur Niederschrift vom 23.10.2013 vorliegt. Im Bericht des Landrates unter dem Tagesordnungspunkt 2.1 auf Seite 8 dritter Absatz muss es heißen: „... und nahm bereits an der Festveranstaltung **zur zehnjährigen Partnerschaft zwischen dem Land Brandenburg und der Wojewodschaft**

**Wielkopolska teil.**“ Um eigenständige Korrektur wird gebeten, Herr Wille ist damit einverstanden.

**Herr Haverlandt** vermisst bei der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 4.3 auf Seite 19 das geforderte Festhalten des Stimmverhaltens der NPD-Abgeordneten. Es stehe lediglich „bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt“.

Unter Bezugnahme auf die Kommunalverfassung werde beantragt, festzuhalten, dass Herr Haverlandt, Herr Knuffke und Herr Thalheim mit „nein“ gestimmt haben.

**Frau Tölpe** schlägt folgende Formulierung vor: „*bei 3 Gegenstimmen der NPD-Abgeordneten mehrheitlich bestätigt*“.

**Abstimmung: - bei 1 Gegenstimme mehrheitlich bestätigt -**

**Der Kreistag stimmt dem Antrag auf Änderung des Abstimmungsergebnisses zum Tagesordnungspunkt 4.3 auf Seite 19 zu. Die Formulierung lautet nunmehr „ - bei 3 Gegenstimmen der NPD-Abgeordneten mehrheitlich bestätigt - “.**

Mit diesen beiden Änderungen gilt die Niederschrift vom 23.10.2013 als anerkannt.

---

## **TOP 2.            Aktuelle Stunde**

---

### **TOP 2.1           Bericht des Landrates**

---

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben gestern die Nachricht bekommen, dass es nunmehr gelungen ist, den Erhalt der Brandenburgischen Schule für Blinde und Sehbehinderte in Königs Wusterhausen langfristig zu sichern.

Der Landkreis Dahme-Spreewald und das Staatliche Schulamt Wünsdorf werden zum Schuljahr 2014/2015 folgende Veränderungen vornehmen:

Das berufliche Gymnasium am Oberstufenzentrum Dahme-Spreewald wird um einen Lernort in Königs Wusterhausen erweitert. Hier können zukünftig Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Sehen aus dem gesamten Bundesgebiet, welche die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe erhalten, integrativ mit anderen Schülerinnen und Schülern des LDS die allgemeine Hochschulreife erwerben.

Das berufliche Gymnasium nutzt dabei die Räumlichkeiten und die speziellen Ausstattungen der Brandenburgischen Schule für Blinde und Sehbehinderte, um den besonderen Bedürfnissen dieser Schülergruppe gerecht zu werden.

Die Schule wird in gewohnter Weise als Schule für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Sehen der Primarstufe und der Sekundarstufe I in Trägerschaft des Landkreises fortgeführt. Diese Vereinbarung wurde zwischen der Brandenburgischen Schule für Blinde und Sehbehinderte, dem Oberstufenzentrum des Landkreises Dahme-Spreewald, dem Landkreis als Schulträger und dem Staatlichen Schulamt Wünsdorf einvernehmlich getroffen und bedarf der Zustimmung des Kreistages. Dies werden wir Ihnen dann in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorlegen. Vielen Dank an das Staatliche Schulamt, aber natürlich auch an das Oberstufenzentrum und dessen Leiter für die kreative Beteiligung. Ich hoffe, wir haben nun eine konstante Situation für die nächsten Jahre und eine weitere Grundlage, über die Weiterführung des dortigen Internates zu verhandeln.

*Bereich Wirtschaft:*

Gemeinsam mit Herrn Beigeordneten Starke habe ich einen Unternehmensbesuch beim Forschungszentrum DESY der Helmholtz-Gemeinschaft in Zeuthen durchgeführt, das naturwissenschaftliche Grundlagenforschung betreibt. Mit 250 Mitarbeitern, darunter rund 50 ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zählt der Standort heute zu den größten Wissenschaftseinrichtungen in Brandenburg.

Am 27.11.2013 waren wir in Zeuthen bei der Berlux Leuchten GmbH - ein sehr innovatives und erfolgreiches Unternehmen, das energiesparende Lampen entwickelt und produziert.

Am 15.11.2013 fand der Wirtschaftsempfang des Landkreises Dahme-Spreewald statt. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft unseres Hauses hatte ins Zentrum für Luft- und Raumfahrt nach Wildau eingeladen. Rund 180 Gäste aus Wirtschaft und Politik der Region folgten der Einladung. Im Rahmen des Empfangs wurden vier Unternehmen aus dem Landkreis für ihr vorbildliches familienfreundliches Engagement ausgezeichnet. Das waren die Löwen-Apotheke aus Zeuthen, Jegasoft Media e.K. aus Lübben, die Schelchen GmbH aus Königs Wusterhausen und die Glas- und Industriereinigung Zimmermann GmbH aus Luckau.

Der Prognos-Zukunftsatlas 2013 war auch wieder Thema in den Medien. Im aktuellen Ranking der bundesweit 402 Landkreise und kreisfreien Städte rangiert der Landkreis Dahme-Spreewald auf Platz 256. Im Jahr 2004 waren wir noch auf Platz 347, wurden im Übrigen damals noch in die Kategorie ‚ostdeutscher Problemstandort‘ eingeordnet. Aus dieser Kategorie sind wir lange heraus und jetzt auf Platz 270 in der Kategorie ‚Landkreis mit ausgeglichenen Chancen und Risikomix‘ - trotz noch nicht fertigem Flughafen.

#### *Bereich Bildung und Soziales:*

Am 06.11.2013 fand der Fachtag Rechtsextremismus in Halbe statt. Dieser wurde von der Gesellschaft Demokratische Kultur durchgeführt. Ein Schwerpunkt war die Diskussion um das geplante Flüchtlingsheim in Bestensee.

Am 07.11.2013 habe ich mit dem Beigeordneten Herrn Saß eine Objektbesichtigung des Friedrich-Schiller-Gymnasiums durchgeführt. Wir haben uns den Schulalltag nach der intensiven Sanierung angeschaut. Ich denke, wir sind dort auf einem guten Weg.

Am 09.11.2013 habe ich mit Kreistagsabgeordneten am Demokratiecamp der Jungen Humanisten Südbrandenburgs teilgenommen. Dieses fand im KiEZ Frauensee statt und war wieder eine sehr erfolgreiche Veranstaltung. Allen Akteuren gilt ein herzlicher Dank.

Am 14.11.2013 fand das Seniorenforum dieses Jahres mit Fachvorträgen zum altersgerechten Wohnen vor Ort statt. Behandelt wurde z. B. das Thema Barrierefreiheit im Wohnumfeld.

Natürlich kamen auch die Senioren selbst zu Wort und konnten ihre Wünsche und Vorstellungen zum Wohnen im Alter mit einbringen.

Am 15.11.2013 fand der 10. Bundesweite Vorlesetag statt. Einige Kreistagsabgeordnete und Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung waren daran beteiligt. Ich selbst konnte bei der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landesbibliothekenverband und dem Volkshochschulverband des Landes Brandenburg dabei sein. Diese fand in der AWO-Integrationskindertagesstätte ‚Sonnenkinder‘ in Lübben bei Anwesenheit von Frau Ministerin Dr. Münch statt. Ich bin sehr froh, dass wir diese Vertragsunterzeichnung mit landesweiter Bedeutung hier in Lübben vornehmen konnten. Danke an die Präsidentin des Landesvolkshochschulverbandes, Frau Abgeordnete Sylvia Lehmann.

Am 16.11.2013 beging die Kontaktstelle für Selbsthilfe REKIS das zwanzigjährige Bestehen. Gefeierte wurde beim ASB in Königs Wusterhausen, Ortsteil Zeesen.

Wir haben im Landkreis 90 Selbsthilfegruppen, die hauptsächlich auf ehrenamtlichem Engagement basieren. 70 Gruppen davon werden aus dem Kreishaushalt mit einem jährlichen finanziellen Zuschuss zwischen 75 Euro und 125 Euro unterstützt. Anliegen ist es, hilfebedürftige Menschen und ihre Angehörigen bei der Bewältigung von Problemen zu unterstützen.

Am 21.11.2013 fand die feierliche Grundsteinlegung des Hauses 4 im Asklepios Fachklinikum in Teupitz statt. Eine der modernsten gerontopsychiatrischen Abteilungen im südlichen Teil Brandenburgs wird dort entstehen. Es sollen zukünftig ältere Erwachsene etwa ab dem 60. Lebensjahr dort behandelt werden.

#### *Bereich Bauen und Umwelt:*

Am 25.11.2013 fand die Zweckverbandsversammlung des Gewässerrandstreifenprojektes statt. Wie Sie wissen, sind wir bei diesem erfolgreich durchgeführten Projekt mit der Auflösung beschäftigt. Der Entwurf der Auseinandersetzungsvereinbarung wurde gemeinsam mit den Mitgliedern erarbeitet und steht nun zur Abstimmung mit dem Bundesamt für Naturschutz und uns. Sofern diese Abstimmung positiv verläuft, erhalten Sie einen Beschlussvorschlag. Als Termin wird der Kreistag vor den Kommunalwahlen angestrebt. In diesem Zusammenhang ist auch noch zu erwähnen, dass am 28.10.2013 die Projektleiterin des Gewässerrandstreifenprojektes, Frau Dr. Kehl, verabschiedet wurde. Sie hat ein neues Betätigungsfeld in einem anderen Naturschutzprojekt in Brandenburg gefunden. Wir werden aber mit den Kolleginnen, die bis dato involviert waren, das Projekt fortführen, zur Liquidation bringen und so wie mit Ihnen vereinbart, auch zukunftsweisend weiterentwickeln.

Am 29.10.2013 hat die Landesregierung hier in diesem Raum eine Kabinettsitzung mit fast allen Kabinettsmitgliedern durchgeführt. Es hat uns geehrt, dass wir mit der Verwaltungsspitze die Situation im Landkreis Dahme-Spreewald sehr ausführlich darstellen konnten. Zu einigen Themen gab es auch sofortige Reaktionen.

Am 30.10.2013 haben wir, das machen wir zweimal im Jahr, die Dienstberatung mit den Amtsdirektoren und Bürgermeistern durchgeführt. Wir haben u. a. darüber beraten, die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Wohnungen weiterhin zu organisieren. Referenten waren Herr Lehmann und Herr Saß.

Zudem hatten wir uns auch Erfahrungen vom Bürgermeister der Stadt Lübbenau vermitteln lassen, der damit in seiner Stadt sehr erfolgreich ist.

Weiterhin haben wir über die Erstellung von Mietstrukturanalysen zur Aktualisierung der Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft für Leistungsempfänger gesprochen. Ferner sprachen wir über den Haushalt unseres Landkreises und haben uns mit den Vorstellungen der Kreisarbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes auseinandergesetzt. Herr Amtsdirektor Kleine war hier der Referent. Und im Ergebnis dieser Diskussion wurde dann auch die schriftliche Stellungnahme des Gremiums verfasst.

Des Weiteren war Thema die Abnahme der Einbauten für den Digitalfunk in Feuerwehrfahrzeugen durch Sachverständige. Eine Thematik, die nicht nur die Verwaltungen in unseren Städten und Gemeinden, sondern auch die Gemeinderäte sehr intensiv beschäftigt.

Wir haben auch Erfahrungen bei der Umsetzung des Brandenburgischen Vergabegesetzes ausgetauscht.

#### *Interna des Hauses:*

Am 25.10.2013 und 30.10.2013 haben wir Teilnehmer von Weiterbildungsmaßnahmen unseres Hauses würdigen können. An einem Tag habe ich 16 Teilnehmerinnen und

Teilnehmer und am anderen Tag 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewürdigt. Die Maßnahmen betrafen den Aufstieg zum höheren und gehobenen Dienst, A-0-Lehrgänge, A-1-Lehrgänge oder die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademiezeugnisse.

Ich möchte Sie auch noch darüber informieren, dass die Miet- und Betreiberverträge für ein Objekt des tbz in Bestensee, Ortsteil Pätz, das als Gemeinschaftsunterkunft genutzt werden soll, unterzeichnet wurden. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, die noch notwendigen baulichen Maßnahmen anzugehen und die Ausstattung der Zimmer zu vervollständigen.

An dieser Stelle einige finanzielle Eckdaten zu den Verträgen: Der monatliche Mietzins für die Gemeinschaftsunterkunft wird 12.000 Euro betragen, monatlicher Mietzins für die Mehrzweckhalle sind 800 Euro. Der Tagessatz pro anwesende Person beträgt 4,98 Euro. Darüber hinaus werden die Personalkosten für 1 Heimleiter, 2 Sozialarbeiter, Hausmeister und Wachschutz übernommen.

Abschließend wünsche ich Ihnen frohe Adventswochen und freue mich auf den morgigen Tag, an dem wir das zwanzigjährige Bestehen unseres Landkreises feiern.

Vielen Dank.“

#### Fragen zum Bericht:

**Herr Haverlandt** bezieht sich auf die Dienstberatung mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren, in der es auch darum ging, eine Maßgabe zur Berechnung der zukünftigen Miethöhen zu finden, und möchte wissen, ob Abgeordnete oder Bürger in ihren Städten und Gemeinden hier auch noch einmal Druck ausüben bzw. mitarbeiten können. Es hieß ja einmal, dass die Städte und Gemeinden keine Mietspiegel erstellen wollen, weil es Geld kostet.

**Landrat Loge** erwidert, dass im Moment die Mietgegebenheiten in den Städten und Gemeinden abgefragt werden. Ihm sei keine Gemeinde bekannt, bei der sich ein nachlässiger Informationsfluss abzeichnet. Wenn die Angaben vollständig vorliegen, werden sie ausgewertet und dem Kreistag im nächsten Jahr mit der KdU-Richtlinie vorgelegt.

## **TOP 2.2      Anfragen der Abgeordneten**

---

**Frau Tölpe** erklärt, dass für die heutige Sitzung zwei schriftliche Anfragen für den öffentlichen Teil vorliegen:

1. *Anfrage von Herrn Scheetz zur Verkehrssituation im Königs Wusterhausener Ortsteil Niederlehme*

Die schriftliche Antwort des Landrates ist den Abgeordneten mit Schreiben vom 14.11.2013 zugegangen.

2. *Anfragen von Herrn Knuffke zu verschiedenen Themen*

Die Anfragen sind erst am 01.12.2013 per E-Mail im Büro Kreistag eingegangen und wurden den Abgeordneten heute auf den Tisch gelegt.

Gemäß Geschäftsordnung müssen schriftliche Anfragen neun Kalendertage vor der Sitzung vorliegen. Der Verwaltung sollte ein gewisser Zeitraum zur Beantwortung der Fragen und zum Einholen von Informationen gegeben sein.

**Herr Saß** antwortet:



*Zu Frage 1: Plant der Landkreis die Eröffnung weiterer Asylbewerber- und Flüchtlingsheime (zusätzlich des Heimes in Waßmannsdorf und Pätz)?*

Der Landkreis Dahme-Spreewald ist bei Asylbewerbern und Flüchtlingen unterbringungsverpflichtet und dieser Pflicht mit den aktuellen Aktivitäten nachgekommen. Weitergehende Planungen gebe es derzeit nicht.

*Zu Frage 2: In der zentralen Aufnahmestelle Eisenhüttenstadt wurden Fälle von TBC bekannt. Wie stellt der Landkreis sicher, dass diese und andere ansteckende Krankheiten sich nicht im Landkreis verbreiten?*

Im Jahr 2011 erkrankten 4.317 Menschen in Deutschland an Tuberkulose. Mit durchschnittlich 5,3 gemeldeten Fällen pro 100.000 Einwohner gehört Deutschland damit zu den niedrigen Inzidenzländern für Tuberkulose.

Die Anteile an Patienten mit ansteckender Lungentuberkulose und multiresistenter Tuberkulose blieben damit seit 2009 weitestgehend konstant.

Im Landkreis sind in den letzten vier Jahren insgesamt 18 Menschen an ansteckender Tuberkulose erkrankt (2010: 6 Personen, 2011: 2 Personen, 2012: 3 Personen, 2013: 7 Personen). Davon hatte nur ein Patient einen Migrationshintergrund.

Die Lungentuberkulose ist eine meldepflichtige Krankheit. Wenn Patienten mit Tuberkulose durch Ärzte behandelt werden, haben diese Ärzte das Gesundheitsamt über die erkrankte Person zu informieren. Die erkrankte Person bzw. Erkrankungsverdächtige werden dann unverzüglich einer fachärztlichen stationären Diagnostik und Therapie zugeführt. Ansteckende Personen werden solange stationär behandelt, bis eine Ansteckung nicht mehr möglich ist.

Alle Kontaktpersonen, die sich angesteckt haben könnten, werden ebenfalls untersucht und dann eventuell behandelt.

*Zu Frage 3: Am 18.11.2013 kam es in Eichwalde zu einem grausamen Mord an einem 14-jährigen Mädchen. Kann die Verwaltung Auskunft erteilen bzw. einholen, ob es sich bei dem Täter um einen Ausländer bzw. einen „Deutschen“ mit Migrationshintergrund handelt?*

Hier kann keine Auskunft gegeben werden, weil dies Angelegenheit der Ermittlungsbehörden ist und der Landkreis nicht involviert sei.

*zu Frage 4: Ist der Verwaltung bekannt, welcherlei Förderinstrumente derzeit vorhanden sind, um Jugendliche in Lehrverhältnisse zu vermitteln bzw. die Ausbildung finanziell zu unterstützen?*

Der Verwaltung ist bekannt, welche Förderinstrumente derzeit vorhanden sind, um Jugendliche in Lehrverhältnisse zu vermitteln bzw. die Ausbildung finanziell zu unterstützen.

*zu Frage 5: Derzeit häufen sich Beschwerden, dass die Antragskriterien für die Erlangung von Wohngeld erhöht wurden, im Vergleich zu den Vorjahren. Ich bitte um eine Stellungnahme.*

Wohngeld wird auf Antrag von wohngeldberechtigten Personen gezahlt. Es richtet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung sowie dem Gesamteinkommen. Grundlage für die Wohngeldbewilligung sind das Wohngeldgesetz, die Wohngeldverordnung sowie die allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Wohngeld, SGB I und X in der jeweiligen Fassung.

Die Wohngeldbehörde kann sich dann gemäß § 21 SGB X entsprechender Beweismittel bedienen, die sie nach pflichtgemäßem Ermessen zur Ermittlung des Sachverhaltes für erforderlich hält. Verwaltungsintern wurden hier keine Antragskriterien verändert. Allerdings

gebe es Änderungen dahingehend, dass zum 01. Januar 2013 der automatisierte Datenabgleich im Wohngeldverfahren nach § 33 Abs. 5 des Wohngeldgesetzes bundesweit eingeführt wurde. Der Datenabgleich soll zur Vermeidung rechtswidriger Inanspruchnahme des Wohngeldes beitragen. Die Wohngeldbehörde hat dementsprechend künftig regelmäßig für Zeiträume, für die Wohngeld bewilligt wurde, im Wege des Datenabgleichs zu überprüfen, ob zum Haushalt zählende Personen Leistungen beantragt haben oder erhalten, die zum Ausschluss von Wohngeld führen. Dies sind Arbeitslosengeld I und II, geringfügige Beschäftigungen sowie Leistungen der Renten- und Unfallversicherung.

Weiterhin werde geprüft, in welcher Höhe vom Steuerabzug freigestellte Kapitalerträge erzielt wurden, ein zu berücksichtigendes Haushaltsmitglied nicht mehr in der Wohnung gemeldet ist, für die Wohngeld geleistet wurde, oder bereits Wohngeld beantragt oder empfangen wurde bzw. wird.

zu Frage 6: *Wird den Kreistagsabgeordneten eine Besichtigung des Flüchtlingsheimes in Pätz ermöglicht?*

Der Gesundheits- und Sozialausschuss werde sicherlich nach der Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft in Bestensee eine seiner nächsten Sitzungen dort durchführen. Im Rahmen dieser Sitzung bestehe dann die Möglichkeit der Besichtigung.

zu Frage 7: *Werden Asylbewerber auch dahingehend überprüft, ob sie in ihren Heimatländern Straftaten begangen haben, polizeilich gesucht werden oder an Kriegshandlungen bzw. Kriegsverbrechen beteiligt waren?*

Die Überprüfung erfolgt durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Der Landkreis habe da keinen Zugriff. Insofern können keine weiteren Auskünfte gegeben werden; außer dass das Anhörungsverfahren nach den Kriterien des § 25 und folgende Asylverfahrensgesetz erfolgt.

**Herr Knuffke** möchte zur Antwort auf die Frage 4 die konkreten Förderinstrumente wissen.

Ohne den Anspruch, abschließend alles vorzutragen, was an Förderinstrumenten für Schüler und Jugendliche vorhanden sei, führt **Herr Saß** aus:

Aus dem Bereich der finanziellen Unterstützung seien das Schüler-BAföG, die Berufsausbildungsbeihilfe und die Leistungen nach dem regulären BAföG genannt; alles Leistungen, die auch direkt durch die Kreisverwaltung abgewickelt werden.

Aus dem Bereich der fachlichen Unterstützungsmöglichkeiten erinnert sich der Kreistag sicherlich an den Aufbau des Zweiten Bildungsweges, parallel 2005 dann auch zur Bildung der ARGE, weil es zur Aufnahme von Arbeit wichtig war, überhaupt die Nachholung von Schulabschlüssen zu ermöglichen.

Erwähnt werden solle hier auch noch die Bildung des beruflichen Gymnasiums, um für die Schnittstelle nach Klasse 10 das Abitur abzulegen.

Aus dem Bereich der Bundesagentur und des Jobcenters seien das Vermittlungsbudget, die Mehraufwandsentschädigung im Rahmen von Probearbeiten, Einstiegsqualifizierung, aus ausbildungsbegleitenden Hilfen der Nachhilfeunterricht, die Arbeitsgelegenheiten zur Überbrückung, die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen oder vielfältige Nachvermittlungssaktionen mit IHK und Handwerkskammer für nicht vermittelte Bewerber genannt.

Zu erinnern sei auch an viele Projekte, die im Kreistag in unterschiedlichsten Vorlagen dargestellt wurden - aus dem Regionalbudget Teilzeitausbildung oder spezielle Ausbildungsmöglichkeiten für Alleinerziehende. Morgen findet eine Beratung zur Frage „Gute Arbeit in Brandenburg“ in Fortführung des Regionalbudgets statt.

**Frau Tölpe** führt weiter aus, dass aus den letzten Sitzungen noch folgende mündliche Anfragen offen sind:

1. *Nachfrage von Herrn Donath zu seiner schriftlichen Anfrage, ob der Landkreis einen Braunkohle-Lobby-Verein unterstützt*

**Landrat Loge** erklärt, dass der Sprecher der Energieregion, Herr Landrat Jaschinski, auf entsprechende Nachfrage bestätigt habe, dass er sich bei einem Memorandum zur Netzstabilität positiv zum Mix von alternativer und herkömmlicher Energie als mittelfristige Perspektive der Stromproduktion geäußert habe. Die südlichen Landkreise Brandenburgs und die kreisfreie Stadt Cottbus seien keinesfalls nur auf Braunkohleförderung und Braunkohleverstromung fokussiert.

**Herr Donath** merkt an, dass das nicht Gegenstand der Anfrage war. Gegenstand seiner Anfrage war, dass auf der Internetseite der Energieregion Lausitz, zu deren Gesellschaftern der Landkreis Dahme-Spreewald gehört, aufgerufen werde, einer Unterschriftensammlung des privat organisierten Vereins Pro Lausitzer Braunkohle zu folgen. Es sei verwunderlich, dass sich hier ein von den Landkreisen und der kreisfreien Stadt Cottbus mit öffentlichen Mitteln finanziertes Gremium parteiisch in ein öffentliches Beteiligungsverfahren einmischt.

**Herr Dr. Kuttner** erwidert, dass das Thema im Aufsichtsrat der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH kurz angesprochen wurde. Auch hier gebe es ebenso wie bei den Gesellschaftern sehr unterschiedliche und widersprüchliche Auffassungen zur langfristigen Braunkohlenutzung.

Er persönlich sehe nichts Negatives, wenn die Stimmung ein wenig abgeglichen werden soll. Wer das Anliegen des Vereins unterstützen möchte, der unterschreibt, und wer es nicht will, der unterschreibt eben nicht.

2. *zwei Anfragen von Herrn Linke zum VBB*

**Herr Starke** erklärt zur Frage, warum das Land Berlin die Zuschüsse an den VBB kürzen wolle, dass sich der Verkehrsausschuss des Abgeordnetenhauses inzwischen gegen eine Kürzung ausgesprochen hat und dem Verbund weiterhin 2,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden sollen. Allerdings habe das Land Berlin den Doppelhaushalt noch nicht beschlossen.

Warum die Mittel gekürzt werden sollten, dazu gab es keine Auskünfte.

Die Gründe für den starken Personalzuwachs seit der Gründung des VBB liegen nach Auskunft des Verbandes hauptsächlich in den gestiegenen Anforderungen bei der Vergabe und dem Vertragscontrolling im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs inklusive der S-Bahn Berlin.

In den Anfangszeiten des VBB waren 59 Mitarbeiter beschäftigt, mittlerweile seien es 82.

**Landrat Loge** fügt hinzu, dass morgen die nächste Aufsichtsratssitzung des VBB stattfindet, in der das Thema vermutlich auch noch einmal angesprochen wird. Er gehe davon aus, dass das Land Berlin bei seinen Zuschüssen bleibt.

Überdies soll morgen auch ein neuer Geschäftsführer berufen werden, denn der bisherige Geschäftsführer Herr Franz wechselt in den Ruhestand.

3. *Nachfrage von Herrn Selbitz aus dem letzten Kreisausschuss zur Querungshilfe in Prieros*

**Herr Starke** erklärt, dass inzwischen auch ein Antrag der Gemeinde vorliegt, der sich auf eine Querungshilfe im Bereich der Feuerwehr bezieht. Das bedeute eine Differenz von etwa 700 Metern Weg zu dem, was Familie Erxleben vorträgt. Herr Erxleben hatte in der

Einwohnerfragestunde des Kreistages ja um eine Querungshilfe vor der Grundschule gebeten und gleichzeitig eine Unterschriftensammlung überreicht.

Die Unterschriftensammlung bezog sich allerdings auf den Bereich der Feuerwehr. Das habe nun auch die Gemeinde beantragt. Es muss auch ein Ministergespräch gegeben haben, denn der Landkreis wurde vom Ministerium um Zuarbeit gebeten. Jetzt müsse abgewartet werden, wie sich das Ministerium positioniert.

Im Übrigen bestätigen die durchgeführten Verkehrszählungen die seit 2000 rückläufigen Verkehrszahlen. Die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke betrug im Jahr 2000 noch 3.200 Fahrzeuge mit einem LKW-Anteil von 1,9 %, 2005: 2.900 Fahrzeuge, 2010: 2.800 Fahrzeuge und 2012: 2.500 Fahrzeuge. Hochrechnungen für 2013 gehen von unter 2.000 Fahrzeugen mit einem LKW-Anteil von 1,8 % aus. Damit werden die Vorgaben des Gesetzgebers, welche Verkehrsstärken vorliegen müssen, voraussichtlich nicht erfüllt.

4. *Anfrage von Herrn Selbitz, ob bei der Veröffentlichung der Niederschriften im Internet auch die nachträglichen schriftlichen Antworten auf Bürgeranfragen veröffentlicht werden können*

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass zur Veröffentlichung der Antworten auf Bürgeranfragen grundsätzlich das Einverständnis des Bürgers benötigt wird, da in der Antwort des Landrates auch persönliche Daten stehen können.

Zur weiteren Vorgehensweise werde vorgeschlagen, dass die Verwaltung zum nächsten Kreistag ein Schriftstück für die Bürger dazu vorbereitet.

#### Mündliche Anfragen:

**Frau Lehmann** führt aus, dass das Deutsche Rote Kreuz den Sanitätsdienst übernimmt, wenn dieser bei einem Feuerwehreinsatz erforderlich wird. Dafür sei das Rote Kreuz mit entsprechender Technik (Mannschaftstransportwagen – Wagen für Behandlungsplatz 25) ausgestattet. Dieser Wagen sei mit sechs Helfern besetzt und es bestehe die Möglichkeit, 25 Personen sanitätsdienstlich zu versorgen.

Jetzt habe eine Feuerwehr im Landkreis ebenfalls einen solchen Mannschaftstransportwagen erhalten und es sei zu fragen, ob an der bisherigen Organisation im Landkreis etwas geändert werden soll.

**Frau Enders** erwidert, dass sich der Bund aus den Maßnahmen des Katastrophenschutzes zurückzieht. Das Land habe die Verantwortung übernommen und es gebe eine neue Katastrophenschutzverordnung und eine Umstrukturierung. Statt der bekannten Sondereinsatzgruppen gebe es jetzt eine sogenannte „Schnelle Einsatzeinheit Sanität“, die sich aus unterschiedlichen Strukturen der Hilfsorganisationen zusammensetzt.

Das DRK verfügt über die Gerätewagen Sanitätsdienst, die vom Bund zur Verfügung gestellt wurden. Damit können jeweils sechs Helfer zur Einsatzstelle gelangen.

Weiterhin besteht die schnelle Einsatzeinheit aus vier Krankentransportwagen, KTW Typ B, die vom ASB betrieben werden.

Es gebe auch noch ein Führungsfahrzeug, das aber noch nicht beschafft ist und erst 2015 geliefert wird. Dieses werde dann vom DRK betrieben.

Das von Frau Lehmann angesprochene Fahrzeug ist ein Wechselladerfahrzeug mit Abrollbehälter für einen Behandlungsplatz 25. In einer Stunde können dort 25 schwer verletzte Personen behandelt werden.

Nach entsprechender Ausschreibung (es gab zwei Angebote – eines von einer Hilfsorganisation, eines von der Feuerwehr der Stadt Mittenwalde) wurde gemeinsam mit dem ärztlichen Leiter des Rettungsdienstes entschieden, das Wechselladerfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr Brusendorf der Stadt Mittenwalde zu übergeben. Es sei jedoch nicht so, dass die Feuerwehr jetzt den Sanitätsdienst übernehmen will, sondern es solle Hilfestellung bei der sanitätsdienstlichen Versorgung durch das DRK geleistet werden. Das DRK hatte sich bewusst nicht für dieses Fahrzeug entschieden.

**Frau Tölpe** unterbricht den Tagesordnungspunkt 2.2 und ruft um 17:00 Uhr den Tagesordnungspunkt 3 – Einwohnerfragestunde – auf.

### **TOP 3.        Einwohnerfragestunde**

---

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass ein Schreiben eines Bürgers aus Eichwalde vom 22.11.2013 zum Thema Fluglärm und Flugrouten auf den Tisch gelegt wurde. Bereits im Kreisausschuss am 16.10.2013 habe sie über den Eingang eines ersten Schreibens informiert und vorgeschlagen, die Thematik im Ausschuss für Bauen und Umwelt zu beraten.

Das erste Schreiben vom 14.10.2013 ist den Abgeordneten mit den Vorlagen des Ausschusses für Bauen und Umwelt zugegangen, die Antwort der Kreistagsvorsitzenden mit Schreiben vom 12.11.2013.

In seinem Schreiben vom 22.11.2013 fordert der Bürger, dass der Kreistag sein Anliegen berät und nicht nur der Ausschuss für Bauen und Umwelt. Sollte der Kreistag fachlich dazu nicht in der Lage sei, sollte ein externer Gutachter beauftragt werden.

Die Problematik der Flugrouten und des Schallschutzes wurde bereits mehrfach im Kreistag diskutiert, entsprechende Beschlüsse wurden gefasst. Auch habe der Kreistag seine Position schriftlich der Landesregierung und den Gremien der Flughafengesellschaft mitgeteilt. Die Belange des Bürgers aus Eichwalde gehen leider über die Zuständigkeit des Kreistages hinaus. Das wolle sie dem Bürger jetzt letztmalig mitteilen.

Die Abgeordneten signalisieren Zustimmung zu dieser Verfahrensweise.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. **Frau Tölpe** beendet den Tagesordnungspunkt 3 und ruft zur weiteren Abarbeitung des Tagesordnungspunktes 2.2 auf.

weiter mit TOP 2.2

#### *Bildungs- und Teilhabepaket*

**Frau Müller** weist darauf hin, dass das Bildungs- und Teilhabepaketes nicht umfänglich ausgeschöpft werde. Es sei zu fragen, ob eine weitere Ausschöpfung geprüft werden könnte, um den anspruchsberechtigten Kindern und vor allem den Flüchtlingskindern die Möglichkeit der Bildung und der Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben zu gewährleisten.

**Herr Saß** antwortet, dass natürlich immer wieder evaluiert werde, ob die Informationen ausreichend sind. Alle notwendigen Hinweise wurden an den erforderlichen Stellen ausgelegt. Die Bürger können aber nicht zum Antrag getragen werden.

Mit Stand letzter Woche wurde noch einmal beim Nachhilfeunterricht für Schülerinnen und Schüler, die anspruchsberechtigt sind, nachgelegt – mit der Idee, Lehrerreferendare oder pensionierte Lehrer an die Volkshochschule zu binden. Die erste Veranstaltung in Lübben verlief nicht sehr vielversprechend. Daraufhin wurde die Öffentlichkeitsarbeit noch einmal

verstärkt und am 17. Dezember findet eine zweite Informationsveranstaltung für den Raum Königs Wusterhausen statt.

**Frau Müller** findet es schade, dass durch die Art und Weise des Nutzens Gelder für die Bildung verloren gehen. Ihr ging es eigentlich darum, ob noch andere Initiativen ergriffen werden können, z. B. auch in Flüchtlingsheimen den Kindern Bildung anzubieten.

**Herr Saß** erwidert, dass es wichtig sei, dass die Angebote nicht nur durch eine spezielle Gruppe, sondern möglichst schrankenlos genutzt werden können, gerade bei der Nachhilfe. Über die Volkshochschule werden bereits Deutschkurse für Kinder in Waßmannsdorf angeboten. Und bei Deutschkursen biete sich die deutsche Bevölkerung natürlich nicht allzu sehr an.

#### *Bahnübergang in Langengrassau*

**Herr Selbitz** erinnert an die Kreistagssitzung am 23.10.2013, in der Bürger aus Langengrassau um Unterstützung baten, am maroden Bahnübergang über die Bundesstraße B 87 solange eine Straßensperrung vorzunehmen, bis die Bahnschienen beseitigt sind. Der Landkreis hatte sich der Sache angenommen, aber auch er wurde vom Betreiber, der Deutschen Regionaleisenbahn GmbH, getäuscht. Auch die Ministerien werden vom Betreiber ebenfalls mehr oder weniger hingehalten. Es sei zu fragen, ob der Verwaltung Informationen vorliegen, wann endlich dieser unhaltbare Zustand in Langengrassau beseitigt wird.

**Landrat Loge** antwortet, dass die Sache im Moment etwas unübersichtlich ist und viele Gerüchte im Umlauf seien. Ihm gegenüber habe der Geschäftsführer der privaten Eisenbahngesellschaft persönlich versichert, dass der Auftrag zum Rückbau der Gleise an ein Lübbener Unternehmen ausgelöst wurde. Dieser Firma liege aber angeblich kein Auftrag vor.

Daraufhin habe er mit Minister Vogelsänger Kontakt aufgenommen und nunmehr gebe es eine E-Mail vom 27.11.2013 des Landesbetriebes Straßenwesen an den Abteilungsleiter Neumann im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, wonach die Aufträge an zwei Firmen (eine Firma übernimmt den Rückbau bahnseitig, eine Firma straßenseitig) erteilt und die Verträge abgeschlossen wurden. Die momentane Verzögerung scheine auf Kapazitätsengpässe bei den Unternehmen zurückzuführen zu sein. Außerdem war der Rückbau zwischenzeitlich durch die Landeseisenbahnaufsichtsbehörde untersagt worden, was ebenfalls zu Verzögerungen führte.

**Herr Starke** fügt hinzu, dass beim Straßenverkehrsamt eine Verlängerung der halbseitigen Sperrung beantragt wurde. Die bisherige war ja befristet. Nach Auskunft der Eisenbahngesellschaft soll der Rückbau am 20.12.2013 beginnen.

**Landrat Loge** bittet in diesem Zusammenhang, bei allen kursierenden Gerüchten - auch zu anderen Problemen - intensiver nachzufragen und diese nicht weiterzustreuen. Das erleichtere die Arbeit der Verwaltung.

---

#### **TOP 4.            Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreistag**

---

##### **TOP 4.1            Beschluss des geprüften Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2012, Vorl.Nr. 2013/106**

---

**Herr Müller** weist darauf hin, dass das Rechnungsprüfungsamt in seinem Prüfbericht festgestellt habe, dass die dem Landkreis zustehenden Schulkostenbeiträge nicht bzw. nicht vollständig erhoben wurden. Dabei handelt es sich immerhin um 2,4 Mio. Euro.

Es sei zu fragen, ob die Beiträge inzwischen erhoben und die Verursacher zur Verantwortung gezogen wurden. Die bisherigen Antworten der Verwaltung seien für ihn persönlich keinesfalls zufriedenstellend. Qualifizierungsmaßnahmen hin oder her, „hätte“, „wenn“ und „aber“, dem Haushalt standen jedenfalls 2,4 Mio. Euro nicht zur Verfügung. In der privaten Wirtschaft wäre der Mitarbeiter bzw. die Mitarbeiterin schon nicht mehr im Amt.

**Landrat Loge** erwidert, dass eine befristete personelle Verstärkung vorgenommen wurde. Herr Saß habe in der gestrigen Dienstberatung berichtet, dass die ersten Rechnungen bereits versandt wurden. Bisher seien keine negativen Reaktionen zu verzeichnen. Nach gegenwärtigen Erkenntnissen der Juristen des Hauses sei hier auch kein Verjährungstatbestand gegeben. Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz habe beispielsweise über den gesamten Zeitraum des Verzuges Rücklagen gebildet, um sofort nach Eingang der Rechnungen reagieren zu können.

Für **Herrn Kolan** ist es beruhigend, dass keine Verjährung eintreten kann. Dennoch habe die SPD-Fraktion in der Stellungnahme zum Haushalt darauf hingewiesen, vielleicht zum 30.06. und 30.09. eine Zwischennachricht zu erteilen, wieviel noch offen ist.

Die Fraktion habe außerdem die Frage beschäftigt, ob die Beanstandungen wegen einer besseren Übersichtlichkeit wieder mit einem nummerierten „B“ versehen werden können. Die Verwaltung sollte entsprechend prüfen. Im Zweifel könnte vielleicht auch ein entsprechender Antrag in den Kreistag eingebracht werden.

**Landrat Loge** hat nichts dagegen, ab sofort das „B“ wieder einzuführen.

**Abstimmung über den Beschlusspunkt 1: - bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt**  
-

**Landrat Loge** erklärt sich zum Beschlusspunkt 2 als befangen und nimmt während der Abstimmung in den Zuschauerreihen Platz.

**Abstimmung über den Beschlusspunkt 2: - bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt**  
-

**Beschl.Nr. KT 2013/106**

1. Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012.
2. Der Kreistag erteilt dem Landrat gem. § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 15 und § 82 Abs. 4 i. V. m. § 131 Abs. 1 BbgKVerf auf Grund des festgestellten und geprüften Ergebnisses des Jahresabschlusses die Entlastung für das Haushaltsjahr 2012.

---

**TOP 4.2      Weiterfinanzierung der Bildungssozialarbeit im LDS aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes, Vorl.Nr. 2013/114**

---

**Frau Tölpe** informiert, dass die Vorlage im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur, im Jugendhilfeausschuss, im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie im Kreisausschuss umfassend vorberaten wurde. Seitens der Fachausschüsse

wurden verschiedene Vorschläge zur Weiterfinanzierung unterbreitet, zu denen im Kreisausschuss keine Einigung erzielt werden konnte. Die Verwaltung empfehle weiterhin, die in der Anlage 2 dargestellten Projekte durchzuführen.

Im Kreisausschuss wurde seitens des Amtsleiters Kämmerei und Kreiskasse, Herrn Klein, erklärt, dass der Landkreis vom Bund pauschal, gelegt auf die Kosten der Unterkunft, einen prozentualen Satz für die Bildungs- und Teilhabepaket-Aufgaben bekommen hat.

Die pauschalen Einnahmen und die Sachaufwendungen des Jahres 2012 für die Finanzierung des Mittagessens in einer Horteinrichtung und für die Bildungssozialarbeit wurden gegenübergestellt und dabei ein Überschuss von 430.000 Euro festgestellt. Nicht eingerechnet wurden allerdings die eigenen Personalkosten und die allgemeinen Verwaltungskosten zur Umsetzung der Bildungs- und Teilhabepaket-Leistungen. Insofern werde von Herrn Klein empfohlen, nur max. 307.500 Euro zur Finanzierung der Bildungssozialarbeit zu verwenden und den Rest für den Haushaltsausgleich zu nutzen.

Folgende Verfahrensweise werde jetzt vorgeschlagen:

Da die Verwaltung die Weiterfinanzierung der Projekte unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt hat, sollte zunächst darüber diskutiert und abgestimmt werden:

1. Finanzierung der Bildungssozialarbeit grundsätzlich i. H. von 307.500 Euro  
oder
2. Finanzierung der Bildungssozialarbeit i. H. von maximal 430.000 Euro

**Frau Uhlworm** führt aus, dass das Bildungs- und Teilhabepaket durch die Bundesregierung eingeführt wurde, um Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringem Einkommen bessere Chancen bei der Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu gewährleisten. Seitdem habe sie einige Anfragen zur Umsetzung gestellt.

Festzustellen sei, dass die Mittel von den Familien, die über die Wohngeldstelle Zuschüsse bekommen, anders genutzt werden als von denen, die über das Jobcenter Zuschüsse bekommen. Insgesamt wurden die Mittel von Anfang an auch nicht in der Höhe genutzt, wie sie entsprechend der Anspruchsberechtigten zur Verfügung gestellt wurden. Hinzu komme, dass ein großer Teil – fast die Hälfte – auf Verwaltungskosten entfiel. Diese Gelder kamen überhaupt nicht bei den Kindern und Jugendlichen an.

Gemäß Auskunft der Kämmerei wurden 1,5 Mio. Euro von den Mitteln, die der Bund nach der Zahl der Anspruchsberechtigten zur Verfügung gestellt habe, nicht abgefordert.

Inzwischen stellen Familien durchaus auch mehr Anträge, aber nach wie vor sei es so, dass vor allem Familien mit Kindern im Kindergartenalter zu wenige Anträge einreichen. Auch die Anträge bei der Position soziale und kulturelle Teilhabe seien einfach zu gering, weil der Landkreis noch viele kostenfreie Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe vorhält. Für Hort oder Jugendklubs müsse nichts bezahlt werden. Die Eltern brauchen die zehn Euro also auch nicht abfordern.

Die Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 plädiert dafür, die maximale Summe von 430.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

**Herr Kolan** spricht sich namens der SPD-Fraktion dafür aus, über einen Betrag von 307.500 Euro zu diskutieren. Diese Summe werde vermutlich inzwischen von der Mehrzahl der Fraktionen befürwortet.

**Frau Müller** betont, dass die von Frau Uhlworm angesprochenen Aspekte genau das Problem sind. Die Mittel stehen den Kindern leider nicht zur Verfügung, weil sie für andere Dinge bzw. gar nicht genutzt werden. Sie persönlich wäre ebenfalls dafür, die maximale



Summe zur Verfügung zu stellen. Das sei sicherlich auch die Intention ihrer Fraktion DIE LINKE.

Für **Herrn Luban** stellt sich die Frage, über welche Summe jetzt abgestimmt werden soll. Darüber sollte sich der Kreistag erst einmal einigen.

**Landrat Loge** plädiert aus der Sicht der Verwaltung für eine Diskussion und Abstimmung in Richtung der 307.500 Euro. Er sei nicht dafür, weitere Mittel aus dem Haushalt zu veranschlagen. Das entspreche nicht dem damaligen Beschluss zur Haushaltswahrheit und -klarheit. Seinerzeit wurde gesagt, zusätzliche Mittel nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn es eine Deckungsquelle dafür gebe.

Es werde empfohlen, die neuen Stellen der Nummern 1 bis 3 der Anlage 2 nicht zu berücksichtigen. Im Nachtragshaushalt des Landes Brandenburg wurden 5 Mio. Euro für die Integrationsarbeit mit Flüchtlingen eingestellt. Die Verwaltung wolle eine Finanzierung dieser Stellen daraus prüfen.

In der Vorlage für den Landtag wurde zwar der Fokus mehr auf investive Unterstützung gelegt, aber die Landkreise wollen sich für eine erhebliche Freizügigkeit beim Einsatz dieser Mittel einsetzen. Erste positive Signale dazu gab es in einer Beratung mit Staatssekretär Schröder. An einer entsprechenden Richtlinie werde im Moment jedoch noch gearbeitet.

**Herr Reimann** ist der Ansicht, dass die Maximalsumme für die Kinder und Jugendlichen bereitgestellt werden sollte. Niemand wisse, wann die nächste Haushaltssperre kommt und wie der Landtag demnächst aufgestellt sein wird.

**Frau Tölpe** merkt an, dass nichts gestrichen werden muss, wenn es um die größere Summe geht. Dann müsse der Haushalt allerdings aufgeknotet und zugesehen werden, woher die restlichen Mittel genommen werden.

**Frau Lehmann** betont noch einmal, dass die SPD-Fraktion dafür sei, bei dem Betrag von 307.500 Euro zu bleiben. Die ersten drei Stellen seien jetzt nicht im Paket, weil es eben nur eine Förderung für ein Jahr wäre. Das könne fachlich-inhaltlich niemand wirklich wollen. Wenn die am Ende der Tabelle aufgeführten Positionen, die schon weggefallen waren, erneut aufgenommen werden, könne wieder ein Status quo erreicht werden.

Die Fraktion sei auch dafür, die Bildungssozialarbeiterstellen bis zum Schuljahresende zu befristen – genauer gesagt bis zum 31.07.2014. Das Schuljahr laufe bis Anfang Juli nächsten Jahres und die Bildungssozialarbeiter könnten alles noch ordentlich zu Ende führen.

Von Seiten der Verwaltung müsse jedoch mit den Trägern und Stelleninhabern gesprochen werden, dass es eine Befristung ist. Das sollte allen bewusst sein.

Das Anliegen von Frau Müller betreffe im Übrigen einen anderen Teil des Bildungs- und Teilhabepakets. Ihr gehe es vermutlich um Unterstützung im Sportverein, der Musikschule oder bei der Lernhilfe.

**Frau Müller** hat inzwischen bemerkt, dass sie etwas verwechselte. Frau Lehmann habe natürlich Recht.

**Frau Tölpe** mahnt an, sich erst einmal über eine Summe zu einigen. Da die Verwaltung die Weiterfinanzierung der Projekte unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt habe, sollte zunächst darüber abgestimmt werden.

**Abstimmung über die Finanzierung der Bildungssozialarbeit grundsätzlich in Höhe von 307.500 Euro:**

**- bei 10 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -**

**Frau Tölpe** stellt fest, dass damit 307.500 Euro zur Verfügung stehen. Dazu gebe es einen Vorschlag der Verwaltung, die Nummern 1 – 3 der Anlage 2 zu streichen, 4 – 11 vorzuziehen und die beiden Positionen, die schon weggefallen waren (Denkwerkstatt Halbe und Netzwerk Gesunde Kinder), wieder aufzunehmen. Darüber werde sie jetzt zur Abstimmung aufrufen.

**Abstimmung: - bei 8 Gegenstimmen und 8 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -**

**Der Kreistag stimmt den Änderungen zu.**

**Frau Uhlworm** weist darauf hin, dass die beiden wieder aufgenommenen Positionen insgesamt 1,3 VZE ausmachen, die gestrichenen Nummern 1 - 3 dagegen 2,3 VZE.

**Landrat Loge** erwidert, dass das Paket nicht wieder aufgeschnürt werden sollte. Mit den Trägern werden auch noch weitere Gespräche geführt und der Verwaltung sollte ein gewisser Spielraum eingeräumt werden. Wenn es nach Abschluss der Gespräche immer noch Reserven gebe, werde der Kreistag informiert.

**Frau Tölpe** fasst zusammen, dass der Beschlusstext nunmehr lautet: „*Der Kreistag beschließt das anliegende Rahmenkonzept (Anlage 1) zur Weiterführung der Bildungssozialarbeit im Landkreis Dahme-Spreewald im Jahr 2014 sowie die beigefügte **geänderte** Finanzierungsübersicht (Anlage 2).*“ Sie rufe jetzt zur Abstimmung über die Vorlage mit den Änderungen auf.

**Abstimmung: - bei 1 Gegenstimme und 14 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/114**

**Der Kreistag beschließt das anliegende Rahmenkonzept (Anlage 1) zur Weiterführung der Bildungssozialarbeit im Landkreis Dahme-Spreewald im Jahr 2014 sowie die beigefügte geänderte Finanzierungsübersicht (Anlage 2).**

**Pause von 17:45 Uhr bis 18:15 Uhr**

**Frau Tölpe** empfiehlt, die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 4.3 und 4.4 gemeinsam abzuarbeiten, aber getrennt abzustimmen.

Die Abgeordneten signalisieren Zustimmung zu dieser Verfahrensweise.

<b>TOP 4.3</b>	<b>Jugendförderplan des Landkreises Dahme-Spreewald für das Jahr 2014, Vorl.Nr. 2013/108-1</b>
<b>TOP 4.4</b>	<b>Haushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für das Haushalts- jahr 2014 mit Haushaltsplan hier: Überarbeitung des Entwurfes, Vorl.Nr. 2013/108-2</b>

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass die Stellungnahme des Landrates zu den Fraktionsstellungnahmen sowie die Wirtschaftspläne 2014 auf den Tisch gelegt wurden.

Da von den Fraktionen keine Anträge auf Verlängerung bzw. Verkürzung der Redezeit vorliegen, gilt die reguläre Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion. Im Vorfeld der Sitzung habe sie mit ihren Stellvertretern folgende Reihenfolge für die Fraktionsstellungnahmen ausgelost:

1. DIE LINKE
2. FDP
3. CDU
4. UBL-GRÜNE/B 90
5. Bauern/Pro Schönefeld
6. SPD

Zunächst werde aber dem Landrat und dem Finanzbeigeordneten Herrn Starke das Wort zur Erläuterung des Haushaltes erteilt.

**Landrat Loge** führt aus, dass für 2014 ein Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 216 Mio. Euro vorgelegt werde, der zwar nur einen geringen Ressourcenverbrauch von etwa 250.000 Euro, jedoch einen Zahlungsmittelabfluss von fast 8,0 Mio. Euro vorsieht. Dennoch werden keine Kredite aufgenommen.

Der Haushalt 2014 basiert wie in der Vergangenheit auf vielen Annahmen über die künftige Entwicklung, u. a. den konjunkturellen Perspektiven. Letztendlich hängen fast alle Positionen des Haushalts von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Perspektive sei positiv gebremst, die Basis robust und die Binnenkonjunktur laufe.

Das Bruttoinlandsprodukt ist im II. Quartal wiederum um 0,7 % gestiegen und auch für den Arbeitsmarkt seien die Prognosen durchaus stabil. Aktuell rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute für 2014 mit einem Wachstum von 1,8 % in Deutschland. Das bedeute für den Haushalt des Landkreises, dass gegenüber 2013 von einem weiteren Anstieg der Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auszugehen ist.

Nach Steuerschätzungen vom November 2013 werden die Steuereinnahmen der Brandenburger Kommunen in den Jahren 2014 und 2015 im Vergleich zu den Vorjahren weiter ansteigen.

Mit dem Ist-Ergebnis des Jahres 2012 wird erstmals das bislang höchste Steueraufkommen der Kommunen im Jahr 2008 übertroffen. Für 2014 werde ein weiteres Ansteigen der Umlagegrundlagen auf über 200 Mio. Euro prognostiziert, was letztendlich trotz gleichbleibender Kreisumlage von 39,5 % im LDS erhebliche Mehreinnahmen bei der Kreisumlage zur Folge hat. Dafür bekommt der Landkreis aber weniger Schlüsselzuweisungen, weil suggestiv eine ganz andere durchschnittliche Kreisumlage einzunehmen wäre. Trotzdem werde die seit Jahren praktizierte gemeindefreundliche Finanzpolitik fortgesetzt. Ein Beweis dafür sei nicht zuletzt, dass zum siebenten Mal in Folge eine Erhöhung der Kreisumlage nicht in Betracht gezogen wurde.

Um den gesamten Finanzbedarf zu decken, wäre im Haushaltsjahr 2014 eine Kreisumlage in Höhe von fast 87 Mio. Euro erforderlich. Das entspräche einem Hebesatz von 43,4 %.

Den Differenzbetrag von 7,7 Mio. Euro entnimmt der Landkreis seinem Sparstrumpf und entlastet auf diese Weise die Städte und Gemeinden um rund vier Prozentpunkte. Vielleicht könnte das als verkappter Kreisstrukturfonds angesehen werden. Da lagen die Beträge meist nur bei 1,5 bis 2,0 Mio. Euro. Jetzt gebe es ein viel größeres Delta, welches den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werde, ohne ihnen die Projekte vorzuschreiben.

Mit Hilfe der Kreisumlage erledigt der Landkreis für die Gemeinden u. a. Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Sozialausgaben und Unterhaltung von weiterführenden Schulen bzw.

finanziert mit ca. 35 Mio. Euro die Tageseinrichtungen für Kinder, mit fast 8 Mio. Euro den ÖPNV, oder mit 5 Mio. Euro die Schülerbeförderung.

Die Ausgaben für den Schülerspezialverkehr steigen im Übrigen ebenfalls, denn die individuellen Erfordernisse in den Regionen infolge der demografischen Entwicklung verändern sich ständig und damit erhöhen sich auch die Anforderungen an den Haushalt.

Weitere Einnahmensteigerungen ergeben sich aus der ab 2014 vorgesehenen hundertprozentigen Beteiligung des Bundes an den entstandenen Nettoausgaben für Geldleistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Bei den Aufwendungen werde ebenfalls ein deutlicher Anstieg verzeichnet. Dieser sei u. a. auf höhere Personalaufwendungen sowie weiter steigende Transferaufwendungen zurückzuführen.

Zum Auftrag der Fraktionen zur Reduzierung der Personalkosten werde geprüft, ob durch verbesserte Abläufe oder durch andere personalwirtschaftliche Maßnahmen zu einer Personalkosteneinsparung beigetragen werden könne. Dabei müsse allen bewusst sein, dass dies vielfach zu einer größeren Arbeitsverdichtung in den betroffenen Verwaltungsstrukturen und damit zu einer Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen könne. Die Belastungsstatistiken der letzten Jahre seien schon besorgniserregend. Hier in irgendeiner Weise einen Kompromiss zu finden, bedarf einer wirklich engen Zusammenarbeit mit dem Kreistag.

Gegen die permanente Übertragung von Aufgaben, die von Bund und Land nicht finanziert werden, werde sich der Landkreis in Zukunft auch grundsätzlich wehren. Er habe sich mit der Verwaltungsspitze geeinigt, einmal aufzuarbeiten, was alleine in den letzten zwei Jahren an zusätzlichen Aufgaben in die Landkreisebene delegiert wurde.

Die Investitionstätigkeit des Landkreises wird im Jahr 2014 mit mehr als 13 Mio. Euro nochmals auf hohem Niveau gehalten. Um alle geplanten Investitionsmaßnahmen zu realisieren, sei auch der Griff in Ersparnis notwendig. Obwohl 2014 der gesetzliche Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt erreicht wurde, treibe die Entwicklung des Zahlungsmittelbestandes zunehmend Sorgenfalten auf die Stirn. Die liquiden Mittel werden sich drastisch verringern und damit die Aufnahme von Krediten zur Realität. Auf Grund der vor dem Landkreis stehenden Herausforderung im Investitionsbereich für das nächste Jahrzehnt sei es daher nötig, bei den konsumtiven Ausgaben Maß zu halten und diese relativ guten Zeiten zur Bildung von Reserven zu nutzen, um den Kreistag ab 2014 in die Lage zu versetzen, den begonnenen Weg auch haushaltspolitisch fortsetzen zu können.

Allen sei ja bekannt, dass auf jede Phase der Hochkonjunktur schlechtere Zeiten folgen werden. Umso wichtiger sei es, aktuelle Entwicklungen zu beobachten, eventuelle Auswirkungen zu analysieren und sich darauf einzustellen, um Risiken für die Zukunft soweit wie möglich zu vermeiden.

Fazit: Es liege ein Haushalt 2014 vor, der mit entsprechendem Weitblick betrachtet eine Weiterführung des Prozesses der Haushaltskonsolidierung erfordert. Dennoch werde deutlich, dass der Landkreis seiner Ausgleichsfunktion im Rahmen der Möglichkeiten nachkommt, um für die Menschen im ländlichen Raum gleichwertige Lebensverhältnisse wie für die Bewohner im Wachstumskern herzustellen.

**Herr Starke** führt aus, dass der Kämmerer und sein Team wieder einmal monatelang Mittelanforderungen aus den Fachämtern gesichtet und bewertet sowie nach kreativen Lösungen für neue und alte Probleme gesucht haben. Im Ergebnis habe der Kreistag zum Ende seiner Wahlzeit die Chance, einen ausgeglichenen Haushalt zu hinterlassen. Dies sei umso bedeutender, als in dieser Wahlperiode die größte weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise nach dem Krieg zu bewältigen war.

Wenn etwas in den zurückliegenden Jahren auf dem Wege eines politischen Gemeinschaftswerkes wirklich gelungen ist, dann sei es die weitgehende Stabilisierung der Kreisfinanzen. Der Kreistag hatte bereits im Jahr 2011 als verbindliches Basisziel den Haushaltsausgleich definiert und folgenden Auftrag formuliert:

Ein lebens- und zukunftsfähiger Landkreis Dahme-Spreewald benötigt ein Zusammenspiel von freiwilligen und pflichtigen Aufgaben. Die Verwaltung habe daher einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, der weder durch das Rasenmäher-Prinzip noch durch Kaputtsparen gekennzeichnet ist, sondern dem Landkreis Zukunftsfähigkeit sichert und gestaltet. Diese Zielvorgabe des Kreistages kann mit dem vorliegenden Haushaltsplan auch für das Jahr 2014 als erfüllt betrachtet werden.

Größten Wert lege er persönlich darauf, dass in der gesamten Wahlperiode zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung keine förderungsbedürftigen oder sozial benachteiligten Menschen beeinträchtigt wurden - keine Kinder und Jugendlichen, keine Menschen mit Behinderungen, nicht die Armen und auch nicht die Kranken.

Wie auch in den vergangenen vier Jahren, können weiterhin hochwertige Angebote und Leistungen für die Lebensqualität im Landkreis Dahme-Spreewald geboten werden; trotz Haushaltskonsolidierung und einem niedrigen Kreisumlage-Hebesatz.

Der Landrat hatte ja bereits erwähnt, dass sich der Landkreis weiterhin im Prozess der Konsolidierung befindet. Es werde mehr ausgegeben als eingenommen. In Summe ergebe sich für die Zeit von 2014 bis 2017 im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit ein kumuliertes Defizit von rund 17,3 Mio. Euro.

Für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2015 bis 2017 sei ein Haushaltsausgleich daher nur durch Rückgriff auf die Überschüsse der Vorjahre möglich.

Bei der diesjährigen Haushaltsplanung werde für das Jahr 2014 von einem Anstieg der ordentlichen Erträge auf ca. 211 Mio. Euro ausgegangen. Die Ursachen für diesen Anstieg seien dabei weder mit einer stärkeren Belastung der Kommunen noch der privaten Haushalte begründet. Sie resultieren vor allem aus konjunkturbedingten höheren Einnahmen der Kreisumlage, einer hundertprozentigen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie der kostendeckenden Wahrnehmung des stetig verbesserten Rettungsdienstes im Landkreis.

Bei den ordentlichen Aufwendungen setzt sich der Aufwärtstrend leider auch weiter fort. Sie werden voraussichtlich ebenfalls bei ca. 211 Mio. Euro liegen. Der Hauptanteil dieser Steigerung entfalle auf die Transferleistungen, die mit fast 97 Mio. Euro einen historischen Höchststand erreichen.

Auf Grund der immer noch unsymmetrischen kommunalen Finanzausstattungen in Brandenburg ist in diesem Bereich jährlich eine Finanzierungslücke von etwa 45 Mio. Euro zu schließen. Dies gehe zu Lasten der Gestaltungsspielräume bei den freiwilligen Aufgaben und führe letztlich zu den aufgezeigten Haushaltsdefiziten in den Jahren bis 2017. Dabei sei gesamtwirtschaftlich gesehen das Jahr 2013 gut verlaufen.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland ist auch vor Ort in Dahme-Spreewald ablesbar. Die Auftragslage insgesamt sei gut und sowohl Handwerk als auch Industrie blicken optimistisch nach vorn. Und gerade der BER, obwohl bekanntlich noch nicht eröffnet, trägt erheblich zu dieser Entwicklung bei. Die tragende Säule der Wirtschaft ist und bleibe aber auch im Landkreis Dahme-Spreewald der Mittelstand.

Der Landkreis konnte im Prognos-Zukunftsatlas 2013 wieder etliche Plätze gutmachen. Galt der Landkreis Dahme-Spreewald im Jahr 2004 noch als problematischer Landkreis mit Zukunftsrisiken und lag auf Platz 347 von 402, so war es im Jahr 2013 schon Platz 256. Das sei im Vergleich der ostdeutschen Landkreise zwar ein hervorragender Platz, bundesweit gesehen wurde das Mittelfeld aber noch nicht erreicht.

Ähnlich sehe es mit der Arbeitslosenquote aus. Auch sie sei mit gut 7 % im November 2013 im Vergleich zum Brandenburger Durchschnitt von 9,2 % hervorragend, liege aber dennoch über dem bundesdeutschen Wert von 6,5 %. Die Zahlen stagnieren zudem gegenüber dem Vorjahr, so dass auch hier eine weitere Wachsamkeit geboten sei.

Der Haushalt funktioniert nur mit einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung und einem sorgsamem Umgang mit den materiellen, geistigen und natürlichen Ressourcen. Themen wie

die demografische Entwicklung, der Fachkräftemangel, Bewertung und Priorisierung von Investitionen unter strategischen Gesichtspunkten, Finanzierung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum oder Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit stehen regelmäßig auf der Tagesordnung vieler Gremien. Es gebe also weniger ein Erkenntnis- als nach wie vor ein Umsetzungsproblem.

Der eigene Beitrag als Landkreis mit seiner Verwaltung und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mag nicht hauptausschlaggebend für die wirtschaftliche Entwicklung sein, aber das Glück falle nun einmal niemandem in den Schoß. Oder wie es Thomas Edison formulierte „Erfolg hat nur, wer etwas tut, während er auf den Erfolg wartet“. Das habe etwas mit einer positiven Einstellung zur Wirtschaftstätigkeit und Wirtschaftsfreundlichkeit zu tun - wieviel ein Akteur auf dem kommunalpolitischen und behördlichen Feld in den Städten und Gemeinden und im Landratsamt dafür tut. Gemeinsam mit dem Land und den Kommunen werden die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Erfolge gesetzt und eine Willkommenskultur für Arbeitsplätze geschaffen.

Eine traditionell viel diskutierte Haushaltsposition sind die Personalkosten. Die Personalaufwandsquote des Landkreises bewege sich konstant bei rund 19 %. Dahinter stehen Personalaufwendungen im Plan von ca. 40,6 Mio. Euro für 2014.

Die Beibehaltung dieser Quote werde mit den steigenden Anforderungen an die Kommunen im Bereich der Pflichtaufgaben immer schwieriger, wenn nicht an anderer Stelle auch politisch mitgetragene Leistungseinschränkungen erfolgen sollen. Die Fraktionen haben diesen Umstand in ihren Stellungnahmen zum Haushalt aufgegriffen und Arbeitsaufträge erteilt.

Aufgabe der Verwaltung sei es nunmehr, die Konsolidierung der Personalausgaben mit einer Diskussion zu strategischen Zielen, Aufgaben und Schwerpunkten der Kommunalpolitik zu verbinden. Neben der damit erforderlichen Aufgabenkritik sowie der Überprüfung von Standards bei der Aufgabenerfüllung sind Optimierungsmöglichkeiten in den Geschäftsprozessen zu prüfen.

Zum Finanzhaushalt: Der Landkreis Dahme-Spreewald weist zum 31.12.2012 ein Sachanlagevermögen in Höhe von 168 Mio. Euro aus. Es gilt, diese Werte zu erhalten. Werde die Instandhaltung vernachlässigt, seien erhebliche Schäden unvermeidbar. Gemeinsames Anliegen sollte es sein, Gebäude und Straßen auf einem guten Stand zu halten. Für die Gebäudeunterhaltung werden 2014 ein Betrag in Höhe von 2,6 Mio. Euro und für Investitionen jährlich ca. 3,0 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Das seien hohe Beträge, um die den Landkreis Dahme-Spreewald andere Landkreise beneiden.

In der mittelfristigen Investitionsplanung seien für den Zeitraum 2014 bis 2017 vor allem die Sanierung des Übergangwohnheimes in Waßmannsdorf für ca. 4,4 Mio. Euro sowie der Neubau und die Sanierung von Verwaltungsgebäuden mit rund 16 Mio. Euro hervorzuheben. Diese Investitionen müssen entsprechend der Haushaltssystematik - vorgegeben durch den Landesgesetzgeber - durch Überschüsse im Bereich der Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet werden, wenn von einem gesunden Haushalt gesprochen werden soll. Der Landkreis Dahme-Spreewald sei aber leider noch weit davon entfernt, ein finanziell gesunder Landkreis zu sein. Hieran werde deutlich, wie hoch der Konsolidierungsdruck auch in Zukunft ist.

Sicherlich geht es dem Landkreis Dahme-Spreewald nicht so schlecht wie vielen anderen Landkreisen und Kommunen in der Bundesrepublik. Das liege zum einen an den guten Rahmenbedingungen wie der geografischen Lage oder auch politischen Entscheidungen der letzten 20 Jahre. Hier sei insbesondere die Kreisgebietsreform hervorzuheben. Zum anderen gab es aber auch vernünftige Entscheidungen, die im Kreistag getroffen wurden. Dazu gehören die im Jahr 2011 gefassten Konsolidierungsbeschlüsse zum Kreishaushalt und das Festhalten an der sehr niedrigen Kreisumlage von 39,5 %, um den Kommunen Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Kreisumlage in Brandenburg liegt 2014 bei knapp über 45 %, in acht Landkreisen zwischen 47 % bis 49,35 %.

Es könne schon selbstbewusst gesagt werden, dass das, was hier im Verbund mit Land und Kommunen geleistet werde, in Brandenburg beispielgebend sei.

Als der Landkreis im Jahr 2011 vor einem finanziellen Fiasko stand, gab es eine große Koalition aller Fraktionen zum Sparen und zur Haushaltssicherung. Dadurch habe sich der Haushalt in den letzten Jahren strukturell endlich deutlich verbessert. Inzwischen konnte ein Haushaltsausgleich erreicht werden.

Damit sei zugleich eine hohe Verantwortung verbunden, diese Linie auch in der nächsten Periode fortzusetzen. Ein Ziel, das alle sehr herausfordern werde.

Und nicht nur im Kommunalwahljahr könne allen Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises ein wirklich werthaltiges, weil generationengerechtes Wahlgeschenk gemacht werden, indem dem Haushaltsausgleich Priorität gegeben werde. Eine vernünftige Haushaltskonsolidierung ermögliche strategische Entwicklungen und die Umsetzung wichtiger Zukunftsprojekte. Sparen sollte dabei nicht nur als das einfache Vermeiden von Geldausgaben, sondern auch als wirtschaftliches Haushalten verstanden werden.

Alle seien aufgerufen, Ideen und Lösungen in die Ausschussarbeit einzubringen, um gemeinsam mit der Verwaltung die Zukunft des Landkreises zu gestalten. Es müssen Partner auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gefunden werden, genauso wie in der Wirtschaft, bei Vereinen und Verbänden.

**Herr Helbig** erklärt seitens der Fraktion DIE LINKE, dass man es den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises sowie dem im Mai 2014 neu zu wählenden Kreistag schuldig sei, mit einem ausgeglichenen und sozial geprägten Haushalt in das Jahr 2014 zu gehen. Die Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

In den vorangegangenen Debatten haben u. a. die finanziellen Aufwendungen für die Asylbewerberheime Waßmannsdorf und Bestensee, das Bildungs- und Teilhabepaket sowie die Probleme, sozial schwachen Familien auch weiterhin helfen zu können, eine wichtige Rolle gespielt. Der Kreistag regiere auch nicht von oben herab, sondern stemme im Einklang mit der kommunalen Familie die Aufgaben im Landkreis vorbildlich. Darauf können alle stolz sein. Schließlich handelt es sich um Steuergelder, die verantwortungsvoll und zukunftsweisend einzusetzen sind.

Und natürlich müsse bei der Konsolidierung des Haushalts auch ein wachsames Auge auf die Entwicklung des Personalbestandes gerichtet werden.

Positiv hervorzuheben sei auch, dass in gemeinsamer Arbeit von Fraktionen und Verwaltung die sich Anfang 2011 abzeichnende Unterdeckung in Höhe von 80 Mio. Euro abgewendet und die richtige Weichenstellung für die kommenden Jahre gefunden werden konnte.

Für die Fraktion DIE LINKE war und ist es immer ein besonderes Anliegen, einen sozial geprägten, innovativen, investiven und ausgewogenen Haushalt für den Landkreis hinzubekommen. Das sei jedoch nur zu schaffen, wenn eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land gewährleistet werde.

Der Landrat hatte ja schon darauf hingewiesen, dass zusätzliche Pflichtaufgaben auf den Landkreis übertragen wurden. Das Arbeitspensum habe zugenommen.

Zukünftig – und das werde der neue Kreistag zu leisten haben – sollte im Interesse der Bürgerinnen und Bürger allerdings auch weiterhin an den freiwilligen Aufgaben gearbeitet werden.

**Herr Luban** erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Haushalt ebenfalls zustimmt, denn im Grunde sei es trotz kleiner Ecken und Kanten ein guter Haushalt. Die seit 2011 unternommenen Anstrengungen, den Haushalt in die richtigen Bahnen zu lenken, zahlen sich aus. Auf diesem Wege sollte weitergearbeitet werden.

Die FDP als kleinere Partei möchte sich auch bei den größeren Parteien bedanken, die in ihren Stellungnahmen die Themen angesprochen haben, die auch die FDP beschäftigten. Dabei wolle er heute nicht auf den Personalkostendeckel eingehen, aber vielleicht könne die Verwaltung angeregt werden, von selbst mehr Initiative aufzubringen, um die Arbeit noch effektiver zu gestalten. Dann müsste nicht gedeckelt werden.

Der vorliegende Haushalt sei auch gut durchgearbeitet, aber seiner Meinung nach wurde nicht weit genug in die Zukunft gedacht. Denkbar wäre, hier im Laufe des Jahres 2014 Schwerpunkte zu setzen. In Wildau wurde beispielsweise mit der Schmiedestraße 2 abgeschlossen und es stelle sich die Frage, ob es da nicht weitergehen müsste.

Weiterhin sehe er die finanzielle Situation des Landkreises in den Jahren 2015 bis 2017 als kritisch an. Nach der Eröffnung des Flughafens BER könne jedoch davon ausgegangen werden, dass die Steuereinnahmen in Schönefeld und damit auch die Kreisumlagesumme weiter ansteigen. Der Landkreis wäre dann in der Lage, einen Haushaltsausgleich vorzunehmen. Darüber müsse aber nicht schon heute diskutiert werden.

**Herr Dr. Kuttner** sieht seitens der CDU-Fraktion die Teilnahme der zuständigen Dezernentin bzw. eines Vertreters des Personalamtes an den zukünftigen Haushaltsberatungen der Fraktionen als unerlässlich an, um alle Fragen sachkundig und im Detail zu beantworten. Schließlich machen die Personalkosten etwa 20 % des Haushalts aus.

Mit den Hinweisen in der Stellungnahme der Fraktion sollen neue Ideen und Gedanken angeregt werden, an die Probleme heranzugehen. Es gehe nicht darum, einzelne Stellen vorzuschreiben, sondern die Verwaltung solle einen finanziellen Rahmen haben, in dem gehandelt werden könne. Dazu gehören dann aber auch alle anstehenden Kosten wie z. B. Pensionsabführungen bzw. -rückstellungen oder Altersteilzeitausgaben.

Das alles sei jedoch kein Freibrief, von Jahr zu Jahr mehr Stellen zu produzieren, denn die sinkenden Bevölkerungszahlen müssen sich auch auf den Aufgabenbestand und die Personalstärke der Kreisverwaltung auswirken – wenn auch erst mittelfristig. Deshalb habe die CDU-Fraktion angeregt, mit wirklich einmal neuen Gedanken zu versuchen, dieses und jenes zu verändern.

Zum Asylbewerberheim in Bestensee werde empfohlen zu prüfen, ob ein oder zwei Zimmer so eingerichtet werden können, dass Behandlungen von Ärzten direkt vor Ort vorgenommen werden. Dies wäre ein Weg, bestehende Befürchtungen in der Bevölkerung von Bestensee und Pätz etwas abzubauen. Bezüglich der Finanzierung werden sicherlich noch Verhandlungen mit dem Land erforderlich.

Hinsichtlich der Rekonstruktion der Sporthalle Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Königs Wusterhausen begrüße es die CDU-Fraktion, dass dem Anliegen seitens der Verwaltung entsprochen werden soll. Aus der Stellungnahme des Landrates sei jedoch eindeutig zu erlesen, dass die geplanten 1,2 Mio. Euro insgesamt nicht ausreichen. Der Kreistag sollte schnellstmöglich informiert werden, was es unter dem Strich kostet, um einem eventuellen Kostenaufwuchs entgegenwirken zu können.

Gleiches treffe beim Umbau des Verwaltungsstandortes Reutergasse Lübben zu. Die CDU-Fraktion sei verwundert, dass der Finanzrahmen wegen fortgeschriebener Anforderungen aus dem IT-Bereich gegenüber der Entwurfsplanung um 100.000 Euro erweitert werden soll. Gerade bei den IT-Aufgaben sei seit Jahren bekannt, wie viele Server-Räume und alles was dazugehört bei etwa 800 Mitarbeitern benötigt werden.

Bezüglich des Neubaus eines Verwaltungsgebäudes (Jobcenter) lehne es die CDU-Fraktion ab, im Moment Geld dafür auszugeben, weil ein Grundsatzbeschluss fehlt. Es liegen auch keinerlei Zahlen vor, um das Vorhaben zu beurteilen. Dem Kreistag sei lediglich bekannt, dass es einen Vertrag mit der Arbeitsagentur geben soll, der vielleicht über zehn Jahre läuft.



Es sei weder bekannt, wie viele Quadratmeter der Neubau haben werde, noch was sie kosten. Keiner weiß etwas Genaues. Deshalb fordere die CDU-Fraktion, den Planansatz in Höhe von 350.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu versehen. Bevor der alte oder der neue Kreistag keinen Grundsatzbeschluss gefasst habe, könne dazu nichts ausgegeben werden.

**Herr Selbitz** führt namens der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 aus, dass natürlich geschaut werden müsse, wo Maßnahmen möglich sind, um auch künftig einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Fraktion trage die Kreisumlage von 39,5 % zwar noch einmal mit, jedoch hatte der Landrat bereits erwähnt, dass 43,4 % erhoben werden müssten, um auszugleichen. Das sollte für den neuen Kreistag eine Aufforderung sein, über die Kreisumlage nachzudenken.

Obwohl der Landkreis Dahme-Spreewald dann immer noch 2 % unter dem Brandenburgischen Durchschnitt liegen würde, plädiere die Fraktion aber nicht gleich für diesen Prozentsatz. Die 39,5 % weiter zu erhalten, erscheine allerdings als nicht günstig für die Zukunft.

Hinsichtlich des Personals wolle sich die Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 nicht an den absoluten Zahlen, sondern den Prozenten messen. Und prozentual seien die Personalausgaben bei 19 % geblieben. Der Landkreis Dahme-Spreewald könne stolz sein, im brandenburgischen Vergleich unter 20 % zu bleiben. Deshalb befürworte die Fraktion qualitativ begründete notwendige Stellen. Einer pauschalen Stellenerhöhung stehe die Fraktion jedoch skeptisch gegenüber.

Beim Jobcenter sehe die Fraktion die Notwendigkeit eines Neubaus bei stets wachsender Kostenexplosion als nicht vertretbar an.

Der Landkreis könne auch stolz darauf sein, Raum für freiwillige Aufgaben zu haben. Diesem sollte sich auch weiterhin zugewandt werden. Keine sozialen Kürzungen bedeute aber nicht unbedingt, dass diese prozentual Schritt halten. Beispielsweise sei der Zuschuss von 505.800 Euro für die Freie Wohlfahrtspflege ein konstanter Methusalem bei steigenden Kosten.

**Frau Uhlworm** ergänzt zum Jugendförderplan, dass das von Herrn Starke angesprochene Umsetzungsproblem auch diesen Plan betrifft. Seit vielen Jahren bemängeln die Jugendverbände, dass die Personalstellen gemäß der Standards und Empfehlungen einfach nicht ausreichen, um eine qualitativ hochwertige und solide Jugend- und Jugendsozialarbeit zu leisten. Alle wissen, dass die Jugendsozialarbeit an Schulen ein großes Thema sei, das nicht abgesichert werden könne. Und auf neue Bedarfe könne sich mit dem Plan auch nicht eingestellt werden. Projekte, die bisher aus Bundesmitteln finanziert wurden, z. B. das Programm *Schulverweigerung – die 2. Chance*, das sich besonders benachteiligten Jugendlichen widmet, können nicht aufgefangen werden. Insofern könne die Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 dem Jugendförderplan auch nicht zustimmen. Die Fraktion werde aber auch nicht dagegen stimmen, weil die Jugendverbände Planungssicherheit haben müssen. Sie gehe davon aus, dass die anderen Kreistagsmitglieder zustimmen werden. Es solle aber ein deutliches Zeichnen gesetzt werden, dass es hier noch viel zu tun gebe.

**Herr Terno** betont seitens der Fraktion Bauern/Pro Schönefeld, dass auch die Personalkosten Bestandteil der Haushaltskonsolidierung sein müssen. In den Landwirtschaftsbetrieben gab es zum Beispiel früher zahlreiche Beschäftigte in der Verwaltung; heute werde die Verwaltungsarbeit mit entsprechender Technik von zwei oder drei Personen bewältigt. Dieser Strukturwandel sei in öffentlichen Verwaltungen nicht erkennbar.

Bedenklich ist der hohe Krankenstand, der die Ursache dafür sei, mit dem vorhandenen Personal nicht zurechtzukommen. Da konnte auch der Zuschuss von 100.000 Euro für höhenverstellbare Schreibtische keine Abhilfe schaffen.

Überdies sei auch der Gesetzgeber gefordert, um das Leben im ländlichen Raum zukunftsfähig zu gestalten und bezahlen zu können. Normen und Standards müssten gesenkt werden; da dürfe der Kreativität keine Grenze gesetzt sein. Zum Beispiel werde beim Bau von Radwegen eine Breite von zwei Metern gefordert. Die Radfahrer fahren aber meist hintereinander und da reiche es auch aus, wenn der Weg etwas schmaler ist. Das würde die Kosten verringern.

Die wasserrechtliche Erlaubnis war ebenfalls schon öfter Thema im Kreistag, seinerzeit angesprochen vom Abgeordneten Lothar Treder-Schmidt. Die 15-Jahre-Frist wurde einmal eingeführt, um bei einer zentralen Erschließung noch einmal Zugriff auf das Grundstück zu haben. Inzwischen wurde jedoch festgestellt, dass die Zentralisierung nicht immer der richtige Weg war und bei ungünstigen Streulagen eine dezentrale Entsorgung kostengünstiger sei. Vielleicht könnte die Laufzeit einer biologischen Kläranlage von 15 auf zum Beispiel 50 Jahre erhöht werden, um die Verwaltung zu entlasten.

Bezüglich der Beitragsnachforderungen des Luckauer Trink- und Abwasserzweckverbandes (TAZV) für Flächen im Industriegebiet Alteno wurde nur das in den Haushalt eingerechnet, was die Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegebenenfalls selbst zu bezahlen habe. Die Fraktion hätte sich Fürsorge auch für die Grundstücke gewünscht, die dort voll erschlossen verkauft wurden. Die Stadt Luckau übernimmt z. B. bei voll erschlossen verkauften Grundstücken im Wohngebiet *Am grünen Berg* die Differenz zu den Beiträgen, die jetzt zu zahlen sind.

Die Entlastung der Städte und Gemeinden um rund 4 % bei der Kreisumlage sehe die Fraktion Bauern/Pro Schönefeld nicht als dem Strukturfonds ähnlich an, denn damit werden nur die Kommunen entlastet, die bessergestellt sind. Mit dem Kreisstrukturfonds konnte damals ein gewisser Ausgleich vorgenommen werden, indem die Kommunen mit weniger Geld für ihre Projekte etwas von den Kommunen abbekommen haben, die mehr Geld hatten. Herr Starke sprach auch vom Festhalten an der Kreisumlage. Die Fraktion Bauern/Pro Schönefeld geht davon aus, dass der Umlagesatz auch in Zukunft so niedrig gehalten werde. Insofern könne die Fraktion auch nicht dem Gedanken folgen, die seit vier Jahren gleichbleibende Kreisumlage von 39,5 % vielleicht unbegrenzt anzuheben, um den Landkreis zu finanzieren. Bei der Stadt Luckau reichen zurzeit die gesamten Schlüsselzuweisungen gerade aus, um die Kreisumlage zu bedienen.

Im Augenblick sollten auch keine Einnahme-Hoffnungen auf den Flughafen gesetzt werden, denn da passiere vermutlich noch lange nichts.

Heute herrsche gewissermaßen die Ruhe vor dem Sturm bei der Haushaltslage. Die SPD empfehle ja, von den vorhandenen Mitteln eine Mindestrücklage von 20 Mio. Euro zu behalten und schon jetzt werde auf 21,5 Mio. Euro abgeschmolzen.

Im Hinblick auf die anstehende Kreisgebietsreform werde seitens der Fraktion Bauern/Pro Schönefeld die Entnahme von 7,7 Mio. Euro aus dem Sparstrumpf aber dennoch als maßvoll angesehen. Trotz der abgeschmolzenen Rücklage werde der Landkreis dann gut aufgestellt sein.

Erfreulich sei, dass heute auch die Ausbildung in Landwirtschaft und Tourismus angesprochen wurde. Dazu werde empfohlen, ggf. gemeinsam mit dem Bauernverband eine Tour zu organisieren, um die Lehrer zu schulen und einen Eindruck von den Gegebenheiten vor Ort zu vermitteln. Sie seien ja letztendlich die Multiplikatoren. Im Haushalt gebe es dafür die Position „sonstige schulische Aufgaben“.

Alles in allem werde die Fraktion Bauern/Pro Schönefeld dem Haushalt mit gutem Gewissen zustimmen, weil bei einem maßvollen Griff in die Rücklage eine ausreichende Balance zwischen der nötigen Finanzierung von Pflichtaufgaben und der auskömmlichen Bereitstellung von Mitteln für freiwillige Leistungen geschaffen wurde.

**Herr Kolan** weist seitens der SPD-Fraktion darauf hin, dass in den letzten Jahren nur mit Hilfe der Rücklage der Haushalt ausgeglichen werden konnte; dieses Mal mit 7,7 Mio. Euro. Vielleicht trage die vorgeschlagene Kappungsgrenze von 20 Mio. Euro bei den vorhandenen Mitteln dazu bei, rechtzeitig - vielleicht schon 2015 - in Haushalte einzuschwenken, die andere Landkreise schon lange erarbeiten müssen.

Bei den Personalkosten hatte der Kreistag vor geraumer Zeit einen Beschluss über eine Deckelung bei 38 Mio. Euro gefasst. Inzwischen seien es inklusive aller Tarifierhöhungen 39 Mio. Euro. Die SPD-Fraktion gehe davon aus, dass sich der Kreistag einig sei, dass diese Summe heute mit dem Beschluss zum Haushalt auch festgeschrieben wird. Technisch sei es allerdings nicht mehr möglich, die im Haushalt angesetzten 40,6 Mio. Euro zu verändern. Deshalb müsse dieser Betrag stehen bleiben. Im Prinzip könne dann mit 1,6 Mio. Euro Überschuss gerechnet werden, sofern nicht noch Stellen dazukommen.

Hinsichtlich des Sperrvermerks für die 21 neu beantragten Stellen liege es an der Verwaltung, im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit eine detaillierte Begründung vorzutragen, warum diese oder jene Stelle unbedingt gebraucht werde. Der Ausschuss könnte dem Kreistag dann ggf. eine Empfehlung geben, den Sperrvermerk aufzuheben.

Zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes (Jobcenter) werde ebenfalls bemängelt, dass nur wenige Informationen vorliegen. Wenn die 350.000 Euro Planansatz im Haushalt – heutzutage werde von 20 % Planungskosten ausgegangen – bis zur Phase IV gelten, seien das ungefähr die Hälfte der Planungskosten. Dennoch stehe die Fraktion dem Neubau positiv gegenüber, weil dann mehrere Bereiche an einem Standort zusammengeführt werden könnten. Außerdem wurde noch keine Verpflichtungsermächtigung für weitere Zahlungen über die 350.000 Euro hinaus in den nächsten Jahren ausgesprochen. Die SPD-Fraktion gehe davon aus, dass es im kommenden Jahr noch einmal einen Grundsatzbeschluss zu diesem Neubau im Kreistag geben wird.

Zur Erhöhung der Kreisumlage habe sicherlich jeder seine eigene Meinung, aber es stelle sich z. B. die Frage, ob jedes Jahr 13,3 Mio. Euro investiert werden müssen. Andere Landkreise investieren wesentlich weniger.

Den Kommunen werde eine Erhöhung auch nur schwer zu erklären sein. Sie seien über jeden Zehntelprozentpunkt froh, der nicht überwiesen werden muss. Bei 43,4 % Umlage würde in Luckau wahrscheinlich nicht einmal mehr das Geld aus den Schlüsselzuweisungen reichen.

Seit 2011 werde an der Konsolidierung des Haushalts sehr hart gearbeitet. Trotz aller Probleme, welche Leistungen in Zukunft noch angeboten werden können, sei der Landkreis Dahme-Spreewald seiner Meinung nach aber im unteren Bereich einer Kreisumlage-Skala von beispielsweise 39,5 % bis 48 % gut aufgehoben.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

#### **Abstimmung über die Vorlage 2013/108-1:**

**- bei 3 Gegenstimmen und 7 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/108-1**

**Gemäß § 24 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch**

**- Kinder- und Jugendhilfe - beschließt der Kreistag den Jugendförderplan 2014 für den Landkreis Dahme-Spreewald. Die im Haushaltsplan für das Jahr 2014 vorgesehenen Aufwendungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe sind Bestandteil des Jugendförderplanes.**

**Abstimmung über die Vorlage 2013/108-2:**

**- bei 3 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/108-2**

**Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für das Haushaltsjahr 2014.**

---

**TOP 4.5            Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen im Rettungsdienst des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/104**

---

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass eine Gegenüberstellung der Gebührensätze und Kosten für die Jahre 2013 und 2014 als Anlage 3 übersandt wurde.

**Abstimmung: - bei 3 Stimmenthaltungen einstimmig bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/104**

**Der Kreistag beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen im Rettungsdienst des Landkreises Dahme-Spreewald.**

---

**TOP 4.6            Fortschreibung des Rettungsdienstbereichsplanes im Rettungsdienst für den Landkreis Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/105**

---

Es besteht kein Redebedarf.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/105**

**Der Kreistag beschließt die Fortschreibung des Rettungsdienstbereichsplanes im Rettungsdienst für den Landkreis Dahme-Spreewald.**

---

**TOP 5.            Anträge von Fraktionen, Ausschüssen oder Mitgliedern des Kreistages**

---

**TOP 5.1            Schreiben an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages bezüglich des Ausbaus der Bahnstrecke Berlin-Dresden auf eine Geschwindigkeit von 200 km/h, Vorl.Nr. 2013/116**

---

**Frau Tölpe** erklärt, dass es sich hierbei um einen Antrag von mehreren Abgeordneten handelt. Wie bereits im letzten Kreistag angekündigt, haben sich die Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Umwelt in ihrer Sitzung am 04.11.2013 mit dem Entwurf des Briefes an den Verkehrsausschuss des Bundes befasst.

Herr Laubisch wurde von den Ausschussmitgliedern beauftragt, den Entwurf zu erarbeiten. Alle Fraktionen konnten sich einbringen und Vorschläge unterbreiten.

**Abstimmung: - bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/116**

**Der Kreistag beschließt:**

**Das beiliegende Schreiben bezüglich des Ausbaus der Bahnstrecke Berlin-Dresden auf eine Geschwindigkeit von 200 km/h soll an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages weitergeleitet werden.**

Die Vorsitzende des Kreistages wird beauftragt, beiliegendes Schreiben zeitnah an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages weiterzuleiten.

- TOP 5.2**      **Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen/Gremien**
- Benennung eines neuen 3., 4. und 5. stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
  - Bestellung eines neuen Mitgliedes und eines neuen stellvertretenden Mitgliedes in die Verbandsversammlung des Südbrandenburgischen Abfallzweckverbandes
- (Antrag der Fraktion DIE LINKE), Vorl.Nr. 2013/118
- 

Es besteht kein Redebedarf.

**Abstimmung:** - bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt -  
**Beschl.Nr. KT 2013/118**

**Der Kreistag beschließt:**

1. Frau Kerstin Rubenbauer wird anstelle von Frau Martina Eisenhammer als drittes stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss bestellt.
2. Herr Dr. Günter Wunderlich wird anstelle von Frau Kerstin Rubenbauer als viertes stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss bestellt.
3. Frau Martina Eisenhammer wird anstelle von Herrn Dr. Günter Wunderlich als fünftes stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss bestellt.
4. Herr Alexander Helbig wird anstelle von Frau Martina Eisenhammer als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des Südbrandenburgischen Abfallzweckverbandes bestellt.

---

**TOP 6.      Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge**

---

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

---

**TOP 7.      Informationsvorlagen**

---

**TOP 7.1      Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/101**

---

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass im Nachgang zum Kreisausschuss weitere Austauschseiten zur ursprünglichen Austauschvorlage übersandt wurden.

**Frau Müller** möchte zu den Leistungen für Bildung und Teilhabe wissen, welche konkreten Anstrengungen das Jobcenter unternimmt, um wirklich alle Anspruchsberechtigten zu erreichen. In der Vorlage stehe ja geschrieben „Das Jobcenter unternimmt weiterhin alle

*Anstrengungen, die Anspruchsberechtigten über die Ansprüche ... hinreichend zu informieren.“*

**Frau Malsbender** antwortet, dass alle Kunden des Jobcenters in den Gesprächen darauf hingewiesen werden, dass es das Bildungs- und Teilhabepaket gibt und welche Leistungen es beinhaltet. Darüber hinaus werden Informationsmaterialien ausgegeben.

Nach wie vor werden auch Globalanträge akzeptiert, so dass nicht ständig neue Anträge gestellt werden müssen.

**Frau Uhlworm** bemängelt, dass bei den Ergänzern im Punkt 6 keine Unterteilung in Frauen und Männer vorgenommen wurde. Weiterhin waren auch Vergleichszahlen für die Bedarfsgemeinschaften mit Kindern angefragt.

Überdies liege ihr die Information vor, dass ALG-II-Empfänger und –Empfängerinnen jetzt nicht mehr nach Buchstaben geordnet werden, sondern nach Berufsfeldern. Es sei zu fragen, welche Gründe es dafür gebe und ob es schon erste Erfahrungen vorliegen, inwieweit sich das positiv auswirkt.

Abschließend werde anerkennend hervorgehoben, dass das Einsetzen der Beauftragten für Chancengleichheit im Jobcenter zu einer sehr guten Vernetzungsarbeit geführt hat.

**Frau Malsbender** erwidert, dass die Kunden des Jobcenters nach wie vor nach Buchstaben geordnet sind, sofern es um die reine Bearbeitung des Leistungsantrages, also die Auszahlung der Geldleistungen geht. Das hänge mit den Bedarfsgemeinschaften zusammen. Eine Bedarfsgemeinschaft lasse sich am einfachsten an Hand der Buchstaben zusammenfassen.

Im Vermittlungsbereich, in dem es darum geht, Kunden zu qualifizieren, an den Arbeitsmarkt heranzuführen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren, werde momentan eine Aufschlüsselung nach Berufsgruppen vorgenommen. Das sei aber noch nicht flächendeckend erfolgt. Mit Genehmigung der Trägerversammlung wurde im Südkreis begonnen und in der nächsten Trägerversammlung am kommenden Freitag soll um Zustimmung gebeten werden, das Ganze flächendeckend im gesamten Landkreis einführen zu dürfen.

Hintergrund sei, dass es einem Vermittler deutlich leichter falle, eine qualifizierte und hochwertige Beratung durchzuführen, wenn er sich nur um ganz bestimmte und nicht um alle Berufsfelder kümmern muss.

Die Unterteilung nach Männern und Frauen bei den Ergänzern bzw. Aufstockern werde ab der nächsten Vorlage berücksichtigt.

**Herr Haverlandt** weist unter Bezugnahme auf die Gesamtkosten der Leistungen für Unterkunft und Heizung darauf hin, dass trotz gestiegener Heizungskosten die Ausgaben in vielen Ämtern, Gemeinden bzw. Städten gesunken sind. Es sei zu fragen, welche Ursachen es dafür gebe.

**Frau Malsbender** erklärt, dass sie diese Frage nicht beantworten kann. Das Jobcenter beobachte ebenfalls eine Abnahme der Kosten der Unterkunft. Natürlich werden die Kunden mit nicht angemessenem Wohnraum aufgefordert, sich anderen Wohnraum zu suchen – in der Regel kleiner, manchmal aber auch größer. Es sei jedoch schwer, etwas Günstigeres zu finden.

Sollte Bedarf an detaillierten Informationen bestehen, müsste sie sich erkundigen.

**Herr Linke** merkt an, dass die Bedarfsgemeinschaften mit nur leicht sinkender Tendenz fast stagnieren. Das lasse vermuten, dass die Vermittlung Langzeitarbeitsloser äußerst schwierig sei.

Persönlich möchte er noch wissen, wie hoch die Vermittlungsquote derjenigen sei, die über die *Schule des Zweiten Bildungsweges* ihren Schulabschluss erworben haben.

**Frau Malsbender** sagt Recherchen zur Vermittlungsquote zu. Herr Linke bekommt eine schriftliche Antwort.

In Anlehnung an ihre Frage vom Beginn des Tagesordnungspunktes fragt **Frau Müller** nach, welche Gründe es gebe, Anträge auf Leistungen für Bildung und Teilhabe abzulehnen. Werde formal abgelehnt oder gebe es rechtliche Grundlagen dafür?

**Frau Malsbender** erwidert, dass nach ihrem Kenntnisstand nicht formal abgelehnt werde, sondern auf der Basis gesetzlicher Grundlagen. Natürlich werde versucht, möglichst alle Anträge zu bewilligen.

**Herr Dr. Wunderlich** vermisst in der Vorlage erneut Ausführungen zum öffentlich finanzierten Arbeitsmarkt. Bedeute das, dass dieser gegen Null gefahren wird? Er sei nach wie vor der Auffassung, dass es einen Bedarf gebe.

Im Übrigen begrüße er es sehr, dass jetzt gegen eine sittenwidrige Entlohnung vorgegangen werde. Das habe aber auch eine etwas paradoxe Seite, denn die sittenwidrige Entlohnung in dieser Breite wurde maßgeblich durch Hartz IV und die AGENDA 21 und damit auch durch die Jobcenter initiiert bzw. befördert.

**Frau Malsbender** erklärt, dass es den öffentlich finanzierten Arbeitsmarkt noch gebe, aber in sehr kleinem Maße. Informationen dazu könnten in die künftigen Berichte des Jobcenters eingearbeitet werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **TOP 8.      Verschiedenes**

---

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Kreistagssitzung um 19:40 Uhr mit Tagesordnungspunkt 9 fortgesetzt.